

metrobasel

report 2015



© ruweba kommunikation ag

«Wie bleiben unsere Unternehmen wettbewerbsfähig?»

- Bilaterale Verträge, Frankenschok, Regulierungen, Fachkräftemangel, USR III
- BEF Basel Economic Forum 2015



«BKW – sollte ich die
kennen?»

Ja, denn wir sind die Treiber der Energiezukunft. Wir beschäftigen uns schon heute täglich mit der Energie für morgen. Um Ihnen möglichst viel Effizienz, Komfort und Nachhaltigkeit nach Hause zu bringen. Mehr Information unter: www.bkw.ch

ENERGIE FÜR MORGEN



Inhalt

4	Wettbewerbsfähige Unternehmen und des Staates Beitrag – <i>Eveline Widmer-Schlumpf, Bundesrätin</i>
5	Wie bleiben unsere Unternehmen wettbewerbsfähig? – <i>Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württemberg</i>
6	Vorworte der Regierungsräte Dr. Eva Herzog, BS; Thomas Weber, BL; Dr. Urs Hofmann, AG sowie von Oberbürgermeister Jörg Lutz, Lörrach
9	Personenfreizügigkeit lösen, Bilaterale erhalten – <i>Botschafter Dr. Henri Gétaz, DEA</i>
10	Bilaterale bewahren und Schweizer Pragmatismus stärken – <i>Dr. Matthias Leuenberger, Novartis</i>
11	Unternehmenssteuerreform III: Die Quadratur des Kreises - auf gutem Weg. – <i>Dr. Eva Herzog, BS</i>
12	Wettbewerbsfähigkeit von Regionen – <i>Prof. Dr. Rolf Weder, Universität Basel</i>
13	Actelion – global erfolgreich dank attraktiver regionaler Standortfaktoren – <i>Dr. Jean-Paul Clozel, Gründer und CEO von Actelion</i>
15	Für eine pragmatische MEI-Umsetzung – <i>Thomas B. Cueni, Interpharma</i>
16	Wettbewerbsfähig bleibt, wer Brücken stärkt, statt sie einzureissen – <i>Prof. Dr. Rudolf Minsch, Chefökonom economiesuisse</i>
17	Fünf Handlungsfelder zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit – <i>Peter Dietrich, Direktor Swissem</i>
18	Das Kapital wird nicht geschont – <i>Dr. Marco Salvi, Avenir Suisse</i>
19	Wie der Stromhandel zur Wettbewerbsfähigkeit beiträgt – <i>Dr. Suzanne Thoma, CEO BKW</i>
20	BEF Basel Economic Forum zur Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen – <i>metrobasel</i>
27	Was bedeutet wettbewerbsfähig? – <i>Eduard Schmied, Baumeisterverband Region Basel</i>
28	Bald nur noch «verwöhnte Kinder»? – Barbara Gutzwiller, Direktorin Arbeitgeberverband Basel
29	Bilaterale = Lebensnerv für Basel und den Handel – Kaspar Engeli, Handel Schweiz Unverzichtbar: Innovation und gute Rahmenbedingungen – <i>Dr. Gabriel Barell, Basler Hotelier-Verein</i>
30	Was wäre unsere Region ohne die Bilateralen Verträge? – <i>metrobasel</i>
32	Wirtschaftsforum Fricktal: «Mobilisieren von Fachkräften» – <i>metrobasel</i>
34	Werden Sie Mitglied
35	metrobasel: Projekte 2015/2016, Partner, Beiräte und Vorstand

Wir danken für die Unterstützung



Werden Sie Mitglied von metrobasel

Der Verein metrobasel als Plattform, Stimme und Akteur für die metropolitane Region Basel steht allen offen. Einwohnerinnen und Einwohner, Unternehmen, Verbände und Vereine, Gemeinden und weitere Gebietskörperschaften sind willkommen und können sich engagieren. Weitere Informationen finden Sie auf Seite 34 oder auf www.metrobasel.org.

Wettbewerbsfähige Unternehmen und des Staates Beitrag



Eveline Widmer-Schlumpf, Bundesrätin

Die Schweiz hat ein vitales Interesse an wettbewerbsfähigen Unternehmen, denn sie sind der Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze. Deshalb ist es nicht zuletzt auch Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich die Unternehmen optimal entwickeln können. Darüber, wie diese Rahmenbedingungen aussehen und welche Mittel eingesetzt werden, gehen die Meinungen naturgemäss auseinander. Es ist ein wichtiger Teil des politischen Diskurses, hier austarierte Lösungen zu finden. In der Vergangenheit ist das gelungen. Das zeigen verschiedene Untersuchungen, die die Schweiz immer wieder unter die innovativsten und wett-

bewerbsfähigsten Länder platzierten. Es wäre nun aber falsch, sich auf den Lorbeeren auszuruhen, zu schnell geriete die Schweiz ins Hintertreffen. Dies wird namentlich deutlich, wenn man sich die internationalen Entwicklungen im Bereich der Unternehmensbesteuerung vor Augen führt. Innert zweier Jahre hat die OECD das mittlerweile bekannte Projekt gegen Gewinnverschiebungen und -verlagerungen (BEPS) erarbeitet. Davon betroffen ist auch der Unternehmensstandort Schweiz. Viele offene Fragen führen zu Rechts- und Planungsunsicherheiten bei den Unternehmen. Mit der Unternehmenssteuerreform III hat der Bundesrat ein Paket zuhanden des

Parlaments verabschiedet, das in seiner Gesamtheit die Standortattraktivität der Schweiz erhöht und eine Antwort auf die vorhandenen Fragen gibt. International nicht mehr akzeptierte Regelungen wie beispielsweise die kantonalen Steuerstatus für Holding- und Verwaltungsgesellschaften werden abgeschafft und neue, international akzeptierte Regelungen werden eingeführt. Mit der Aufdeckung stiller Reserven wird ein in Teilen bereits bekanntes und verfassungsrechtlich gebotenes Konzept systematisch implementiert. Die Förderung von Forschung und Entwicklung bildet einen Eckpfeiler der Reform. Sowohl die Patentbox wie auch die Inputförderung sollen innovative Unternehmen steuerlich begünstigen, was nicht zuletzt auch der Region Basel mit ihrer Life-Science-Industrie zugutekommt. Zudem will der Bund den Kantonen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit diese ihre allgemeinen Gewinnsteuersätze auf ein international kompetitives Niveau senken können. Davon profitieren vom kleinen Einmannbetrieb bis zum international tätigen Konzern alle Unternehmen.

Im internationalen Steuerwettbewerb braucht die Schweiz diese sowohl kompetitiven wie auch international akzeptierten Regelungen. Es sind sozusagen zwei Seiten derselben Medaille. Darüber hinaus sollen die Unternehmen weiterhin ihren Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten, denn auch eine funktionierende Infrastruktur und ein hochstehendes Bildungsangebot beispielsweise tragen zu günstigen Rahmenbedingungen für Unternehmen bei. Ein grosser Vorteil der Schweiz ist die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Viele nationale und internationale Herausforderungen stehen an. Diese sollen auch in Zukunft nicht bloss verwaltet, sondern gemeinsam aktiv angegangen und gemeistert werden.



Wie bleiben unsere Unternehmen wettbewerbsfähig?

Baden-Württemberg und die Schweiz verbinden außerordentlich enge und für beide Seiten gewinnbringende Wirtschaftsbeziehungen. Als wirtschaftsstarke Nachbarn und Hochtechnologieländer sind wir beide den gleichen globalen und gesellschaftlichen Trends ausgesetzt: Wir alle müssen uns im internationalen Wettbewerb mit aufsteigenden Staaten und neu entstehenden Wirtschaftsräumen behaupten. Und wir verzeichnen gleichzeitig nicht nur einen steigenden Fachkräftemangel, sondern müssen uns auch auf immer älter werdende Gesellschaften einstellen.

In diesem Umfeld spielt die Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz eine wichtige Rolle. In unseren Grenzregionen konnten sich grenzüberschreitende Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte etablieren, die europaweit und international Beachtung finden. Dazu gehören auch grenzüberschreitende Arbeitsmärkte: Rund 56.000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger pendeln aus Deutschland in die Schweiz zum Arbeiten, die meisten aus Baden-Württemberg.

Eine wichtige Basis für unsere prosperierenden Grenzregionen sind die bilateralen Verträge. Nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“, die nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU vereinbar ist, stellt sich hier die Frage, wie es weitergehen soll. Als gute Freunde der Schweiz und überzeugte Europäer setzen wir uns in Baden-Württemberg für einen Dialog und gleichzeitig für Personenfreizügigkeit und den bilateralen Weg ein, denn davon profitieren beide Seiten. Für die wirtschaftliche und auch die gesellschaftliche Entwicklung in den Grenzregionen entlang der deutsch-schweizerischen Grenze sind die Grenzgängerinnen und Grenzgänger ein wesentlicher Faktor. Beschränkungen und bürokratische Hürden wären hier



Winfried Kretschmann, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

ein falsches Signal. Der Mensch steht im Zentrum unserer wissensbasierten Gesellschaften und die Förderung des Austauschs und der Mobilität sind von großer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Länder.

Um als erfolgreicher Wirtschaftsstandort von morgen zu bestehen, muss dieser auch ein herausragender Wissensstandort von heute sein. Wir können nur bestehen, wenn wir uns unseren technologischen Vorsprung bewahren und innovativer sind als die Konkurrenz. Innovationen sind heute – stärker als im letzten Jahrhundert – wissenschaftsgetrieben. Innovationen entstehen an den Schnittstellen unterschiedlicher Branchen und Disziplinen und in zunehmendem Maße auch über Landesgrenzen hinweg.

Die Avantgarde der Innovationen zielt aktuell auf das „Internet of Everything“, das Menschen, Dinge, Dienste und Daten miteinander vernetzt. Daten und Algorithmen werden in allen Bereichen unseres Lebens immer wichtiger. Die digitale Revolution hat auch in unserem

Privatleben Wurzeln geschlagen und treibt nach allen Seiten hin aus – ob wir wollen oder nicht. Der Begriff „Industrie 4.0“ mischt inzwischen die gesamte Wirtschaft auf. Die digitalen Technologien vernetzen und verändern zunehmend den Alltag und die Arbeitswelt der Menschen. Software und Hardware verschmelzen immer mehr miteinander. Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch ist eine realistische Jahrhundertvision. Sie könnte durch eine erfolgreiche Umsetzung der „Industrie 4.0“ Realität werden. Sie könnte den Ressourcenverbrauch senken, die Wirtschaft könnte intelligent wachsen und unseren Wohlstand nachhaltig machen.

Dazu müssen wir aber alle an einem Strang ziehen, indem wir neue Formen der Kollaboration suchen und wagen. Der weltweite Wettlauf um die besten Ideen, erfolgreichsten Konzepte und vielversprechendsten Märkte ist längst im Gange. Und wir müssen uns ins Zeug legen, wenn wir von der Konkurrenz auf dem Weg zur „Industrie 4.0“ nicht abgehängt werden wollen.



DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Wettbewerbsfähigkeit, Finanzpolitik und Steuerpolitik



Regierungsvizepräsidentin

Dr. Eva Herzog

Vorsteherin des Finanzdepartements,
Kanton Basel-Stadt

Das Schlagwort „Wettbewerbsfähigkeit“ ist in aller Munde. Man kann mit gutem Gewissen behaupten, dass Basel heute wettbewerbsfähig ist. Es wird investiert: Zwischen 2005 und 2013 ist die Zahl der

Beschäftigten im Kanton Basel-Stadt um 15'000 Vollzeitstellen gewachsen – und der Trend geht weiter. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denken wir an den starken Schweizer Franken, die (unklaren) Auswirkungen der Masseneinwanderungsinitiative und die Unternehmenssteuerreform III.

Welche Rolle spielt denn die Steuerpolitik für den Standort? Natürlich sind die internationalen Unternehmen nicht nur wegen der Steuern bei uns in der Region zuhause. Aber man kann behaupten: Ein attraktives steuerliches Umfeld dürfte einer der wichtigeren Faktoren sein, die dazu beigetragen haben, dass internationale Unternehmen in Basel direkt rund 20'000 Personen beschäftigen.

Nun kommt also die Unternehmenssteuerreform III. Der erste Reflex sagt: Wir haben eine schwierige Ausgangslage. 80 Prozent der Gewinnsteuerbasis in Basel-Stadt stammt von – steuerlich

privilegierten – Statusgesellschaften! Auf den zweiten Blick zeigt sich: Eigentlich ist die Ausgangslage gar nicht so schlecht. Unser Pluspunkt ist: Die Unternehmen, die Angestellten, die grosse Steuerbasis – sie sind alle schon hier.

Wir müssen also „nur“ diese gute Basis für eine intelligente Reform nutzen. Die Steuerlast für die betroffenen Unternehmen, welche eine Herzsclagader unserer Wirtschaft und der Staatseinnahmen bilden, soll auch nach der Unternehmenssteuerreform ähnlich wie heute sein. Wenn uns das gelingt, dann halten wir die Steuereinnahmen. Und wenn wir die Einnahmen halten, ist eine nachhaltige Reform möglich. Dann können wir auch die anderen Standortfaktoren erhalten: Eine hervorragende Infrastruktur, eine angesehene Universität und ein Kulturangebot von Weltrang. Es geht also nicht um eine Steuersenkungsreform, sondern um einen vernünftigen Umbau des Systems.

Kräfte bündeln und koordinieren



Regierungsrat Thomas Weber

Vorsteher Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, Kanton Basel-Landschaft

Die Schweiz ist ein hochpreisiges Land. Deshalb muss sie sich über innovative Produkte, Dienstleistungen und Prozesse von der Konkurrenz abheben.

Gerade in der Region Basel sind bereits viele unterschiedliche Instrumente zur Innovationsförderung vorhanden. Die Region Basel verfügt über fruchtbare Verflechtungen von Hochschulen und forschenden Industrieunternehmen. Es geht daher nicht darum, die Innovationslandschaft neu zu erfinden, sondern darum die Kräfte zu bündeln und eine verbesserte Koordination der verschiedenen Akteure sicherzustellen.

Grundvoraussetzung für einen produktiven, innovativen und wettbewerbsfähigen Standort sind gute Rahmenbedingungen. Das strategische Hauptgewicht soll deshalb auf einer starken Standortentwicklung liegen, deren zentrale Aufgabe im Erhalt und der Weiterentwicklung dieses Wettbewerbsvorteils liegt. Die darauf aufbauende Standortetablierung und Standortpromotion soll zentralen ordnungspolitischen Grundsätzen genügen. So sind Wettbewerbsverzer-

rungen und Strukturerhaltung durch staatliche Interventionen zu vermeiden, administrative Belastungen durch Parlament und Verwaltung zu minimieren und Steuergelder effizient einzusetzen.

Im Fokus: Innovationsförderung

Die Innovationsstrategie ist Bestandteil sowohl der kantonalen Bildungsstrategie als auch der kantonalen Wirtschaftsstrategie. Sie hat eine enge Verbindung zur Standortförderung und deren Elementen. Die Volkswirtschaftsdirektoren der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Jura wollen ihre gemeinsamen Aktivitäten im Wirtschaftsbereich künftig noch stärker auf Innovationsthemen fokussieren. Die Förderung der Innovationskraft unserer Wirtschaft ist deshalb eine unserer wichtigsten Zielsetzungen und Strategien. Sie ist für die Zukunft unserer Wirtschaft entscheidend.

Qualität ist nicht gratis



Landammann Dr. Urs Hofmann

Vorsteher Departement Volkswirtschaft und Inneres, Kanton Aargau

Die Schweiz ist top, was ihre Wettbewerbsfähigkeit betrifft. So hat das Weltwirtschaftsforum (WEF) die Schweiz zum siebten Mal in Folge zum wettbewerbsfähigsten Land erklärt. Sie führt damit eine Liste von 140 Ländern an.

Gründe dafür sind unsere hohen Investitionen in Forschung und Entwicklung, das enge Zusammenwirken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, der flexible Arbeitsmarkt, das gute Bildungssystem, die hervorragende Infrastruktur und die entwickelten Finanzmärkte. Auch was die Innovation von Produkten und Produktionsabläufen angeht haben wir die Nase vorn.

Solche Spitzenpositionen sind hart umkämpft. Wirtschaftlicher Erfolg ist kein Selbstläufer und man darf sich nie auf den Lorbeeren ausruhen. Angesichts von schwer beeinflussbaren Rahmenbedingungen wie dem harten Franken bzw. dem schwachen Euro und der Konjunktur sind die Unternehmen laufend gezwungen innovativ zu sein und ihre Produktivität zu steigern.

Tiefe Preise und tiefe Löhne gehörten noch nie zu den Standortvorteilen der Schweiz. Auch vor dem Entscheid der Nationalbank vom Januar 2015 nicht.

Die Schweiz trumpft mit anderen Faktoren auf. Die Schweizer Stärken liegen in der politischen Stabilität, der Bildung, in der Qualität der Dienstleistungen und Prozesse sowie in der Innovationsfähigkeit. Die Globalisierungspeitsche zwingt uns laufend, unsere höheren Kosten durch Spitzenqualität und innovative Produkte und Dienstleistungen wett zu machen.

Für den Hightech Kanton Aargau ist Innovation der Schlüssel zum Erfolg. Neben Bürokratieabbau und der vorteilhaften Lage ist es die gezielte Innovationsförderung, die den Kanton zu einem bedeutenden Industrie- und Hightechstandort gemacht haben. Eine unserer wichtigsten Ressourcen ist die Bildung. Hier lohnt es sich zu investieren. Doch das hiesige Potential an Fachkräften reicht nicht aus. In globalisierten Märkten ist es unumgänglich, dass weltweit Personal rekrutiert werden kann. Im Kampf um die besten Talente darf die Politik die Wirtschaft nicht behindern.

Zur Personenfreizügigkeit



Jörg Lutz, Oberbürgermeister
der Stadt Lörrach

In Deutschland kennen wir beide Extreme: die hermetisch abgeriegelte Grenze zur ehemaligen DDR und die Jubelrufe nach dem Fall der Mauer. Vor diesem Hintergrund wird die politisch und wirt-

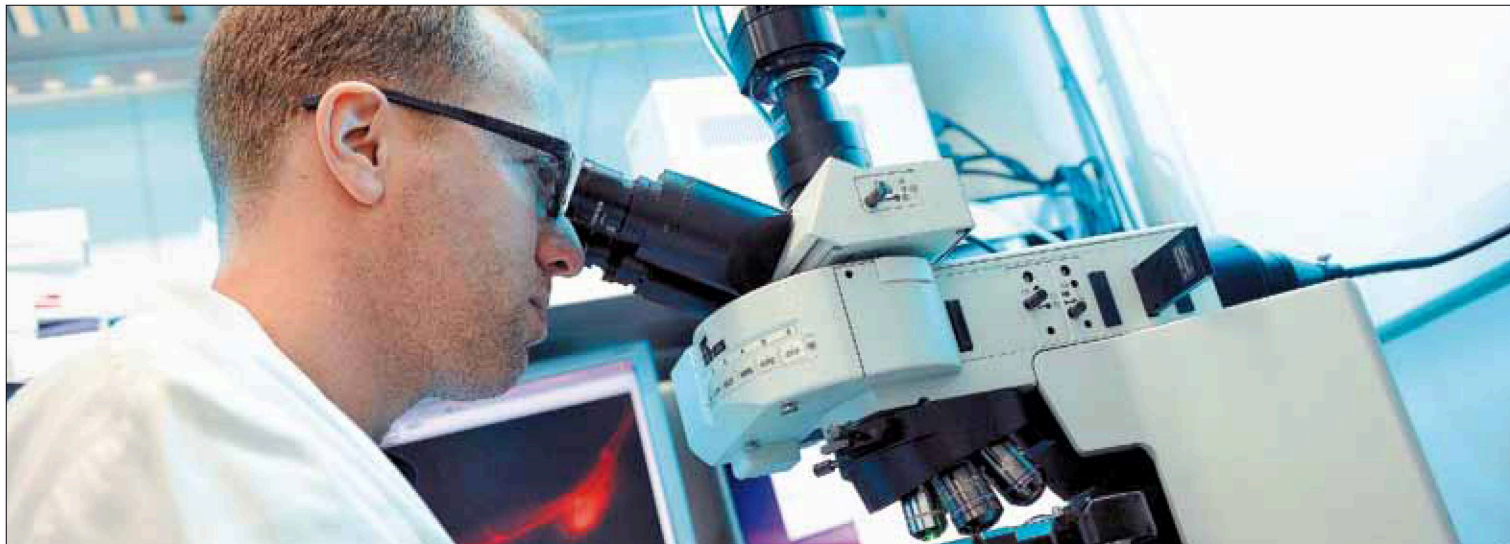
schaftlich hohe Bedeutung verständlich, die der Personenfreizügigkeit bei uns beigemessen wird.

Grenzstädte sahen sich über die Jahrhunderte hinweg mit Entscheidungen konfrontiert, die im Nachbarland getroffen wurden. Sie waren daher schon immer auf Toleranz gepolt und damit deutlich anpassungsfähiger als manche Binnenstadt. In Deutschland und in der Schweiz unterscheiden sich nicht nur die Bußgelder im Straßenverkehr, der Dialekt und das Schulsystem - die Unterschiede, die für Unternehmer wirklich relevant sind, liegen im Arbeitsrecht, in den steuerlichen Rahmenbedingungen und aktuell besonders spürbar in der Währung, der Kursentwicklung und in den Preisen.

Gerade jetzt muss unser Fokus auf einem nachhaltig guten grenzüberschreitenden Miteinander liegen. Denn auch aus deutscher Sicht ist der von Schweizer Seite be-

klagte Einkaufstourismus nicht nur eitel Sonnenschein. Der Kundenzustrom muss bewältigt werden, die Servicequalität darf nicht darunter leiden, deutsche Stammkunden dürfen sich nicht plötzlich als Kunden zweiter Klasse fühlen.

Kunden aus der Schweiz zieht es nach Lörrach, Fachkräfte aus Lörrach zieht es in die Schweiz. Das Lohngefälle zur Schweiz ist für viele Lörracher Unternehmen zu einer Frage der Wettbewerbsfähigkeit geworden. Sie investieren in die Ausbildung junger Fachkräfte, die dann aufgrund der attraktiven Löhne doch über kurz oder lang als Grenzgänger in die Schweiz gehen. Wem kann man das verübeln? Eine Anpassung der Löhne ist jedoch nur bedingt möglich, sie würde die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen deutschen Standorten gefährden. Auch aus diesem Grund wird die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in Lörrach mit Spannung erwartet.



Wissen ist unser Rohstoff, die Forschung unsere Basis – darauf baut unser Erfolg

Aktuelle News zu den Themen Lebensqualität, Forschung, Volkswirtschaft und Partnerschaft unter newsroom.interpharma.ch

Interpharma

Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz
Petersgraben 35, Postfach, CH-4009 Basel
Telefon +41 (0)61 264 34 00, www.interpharma.ch

interpharma^{ph}

MCH Group
Global Live Marketing

MCH Messen
MCH Infrastruktur
MCH Event Services



www.mch-group.com
www.messe.ch



Personenfreizügigkeit lösen, Bilaterale erhalten

Die enge Partnerschaft, welche die Schweiz mit der Europäischen Union (EU) und ihren nächsten Nachbarn pflegt, bringt uns Wohlstand, stärkt die Stabilität, und letzten Endes auch die Selbstständigkeit der Schweiz. Die Schweiz braucht den bilateralen Weg, die Schweizer Wirtschaft ist auf einen reibungslosen Handel mit dem EU-Ausland angewiesen und auf die damit einhergehende Rechtssicherheit.

Text: Botschafter Dr. Henri Gétaz

Die Schweiz liegt im Herzen Europas und ist fast ausschliesslich umgeben von Mitgliedstaaten der EU. Mit unseren europäischen Nachbarn teilen wir dieselben kulturellen und politischen Werte. Sehr oft stehen wir vor den gleichen Herausforderungen, wie der Migration, der Wirtschafts- und Währungsentwicklung sowie der europäischen Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent.

Grundlage für die intensiven Beziehungen der Schweiz zur EU bilden seit bald zwei Jahrzehnten die bilateralen Abkommen. Sie ermöglichen der Schweiz eine geregelte Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn sowie einen gegenseitigen sektoriellen Marktzugang. Der bilatera-

le Weg ermöglicht es der Schweiz, bei bestmöglicher Handlungsfreiheit ihre wirtschaftlichen, sicherheits-, verkehrs- und umweltpolitischen Interessen sowie jene im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich zu wahren.

Die Annahme der Initiative «Gegen Masseneinwanderung» vom 9. Februar 2014 hat eine Zeit der Unsicherheit eingeläutet. Diese Unsicherheit vermindert oder verhindert sogar neue, nötige Investitionen und schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Denn die in der Bundesverfassung verankerte eigenständige Steuerung der Zuwanderung (Art. 121a) stellt mit Blick

auf das bilaterale Abkommen über die Personenfreizügigkeit eine gewaltige Herausforderung dar. Der Bundesrat will den Sorgen der Bevölkerung Rechnung tragen, indem er eine Lösung anstrebt, mittels einer Schutzklausel die Zuwanderung von Personen, die unter das Freizügigkeitsabkommen mit der EU fallen, zu steuern. Dies soll unter Wahrung der gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz geschehen. Gleichzeitig soll der bilaterale Weg als Grundlage der Beziehungen zur EU gesichert und weiterentwickelt werden. Dafür braucht es neben einer Lösung für die Personenfreizügigkeit auch eine Lösung der institutionellen Fragen.

Wie die Lösung in beiden Fällen aussehen wird, steht noch nicht fest, die nächsten Monate sollten aber darüber Aufschluss geben. Es ist davon auszugehen, dass sich das Schweizer Stimmvolk zur Zukunft der Beziehungen Schweiz-EU an der Urne äussern können. Über was genau abgestimmt werden wird, kann man heute noch nicht sagen. Dabei wird es nicht um ein Zurückdrehen des Rads gehen, sondern um eine Lösung der anstehenden Fragen, in erster Linie der Freizügigkeitsfrage.

Bisher hat sich immer gezeigt: Volksabstimmungen zum Thema Schweiz-EU können nur mit Vertrauen gewonnen werden. Wichtig ist, eine Mehrheit zu finden und zwar eine starke. Dafür braucht es einen politischen Konsens der fortschrittlichen Kräfte dieses Landes. Neben den Parteien, die sich für ein geregeltes Verhältnis mit der EU stark machen, gehört dazu auch ein Schulterschluss zwischen den Sozialpartnern.



Botschafter Dr. Henri Gétaz, Direktor der Direktion für europäische Angelegenheiten DEA

Bilaterale bewahren und Schweizer Pragmatismus stärken

Der Erfolg der Schweizer Wirtschaft ruht zu einem Grossteil auf ihrer internationalen Vernetzung. Der Austausch mit unseren Partnern muss deshalb auch in Zeiten des rasanten politischen Wandels strategisch vorangetrieben werden. Nur so können wir auch in Zukunft Wohlstand und Wirtschaftswachstum sichern.

Text: Dr. Matthias Leuenberger



Dr. Matthias Leuenberger, Novartis Delegierter für die Schweiz

Unter dem Eindruck der Flüchtlingswelle und zuletzt auch aufgrund der jüngsten Terroranschläge in Paris ist die öffentliche Diskussion über die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz in Europa kurzfristig etwas in den Hintergrund getreten.

Auch wenn die Zahl der Flüchtlinge stetig steigt, wurde die Schweiz bisher nicht – wie einige andere Länder – frontal vom Strom der Menschen erfasst, die aus dem Krisengebiet im Nahen Osten nach Europa fliehen. Dennoch, die immer emotionaler geführte politische Auseinandersetzung droht unsere traditionelle Konsenskultur zu schwächen und führt zu verhärteten Fronten, auch in Wirtschaftsdossiers, wie beispielsweise den bilateralen Verträgen mit der Europäischen Union.

Dies zeigt auch die jüngste repräsentative Umfrage des Forschungsinstituts gfs.bern: So möchten zwar heute immer noch 82 % der Befragten die Zusam-

menarbeit mit der EU auf der Basis der bisherigen bilateralen Verträge weiterführen. Doch bei genauerem Hinsehen verschwimmen die Konturen und immer mehr Menschen sehen vermehrt Nachteile in den Bilateralen.

Dies ist eine gefährliche Entwicklung: Auch wenn verständlich ist, dass die jüngsten Ereignisse defensive Reaktionen auslösen und politisch konservative Strömungen erstarken lassen, dürfen wir die wirtschaftliche Entwicklung nicht vernachlässigen. Die Stärke Europas und der Schweiz gründet nämlich zu einem bedeutenden Teil auf der Fähigkeit, sich wirtschaftlich zu vernetzen.

Ein Verlust der Bilateralen würde denn auch das Schweizer Erfolgsmodell nachhaltig schwächen und uns strukturell in die 90er Jahre zurückwerfen, als unser Land wirtschaftlich kaum wuchs und die Arbeitslosigkeit auf fast sechs Prozent anstieg. Wichtige Errungenschaften wie die Personenfreizügigkeit und die Abschaffung technischer Handelshemmnisse, die wir dank der bilateralen Verträge erreicht haben, würden wegfallen.

Zusätzliche Kosten und grosse Zeitverluste, die bei einer Wiedereinführung von Kontrollen und Bewilligungen unvermeidlich wären, gehören zu den unmittelbaren Konsequenzen eines Verlusts der bilateralen Verträge. Freigabeentscheide für Produkte durch Schweizer Behörden würden in der EU beispielsweise nicht mehr akzeptiert. In der EU müssten eigene Produktkontrollen durchgeführt werden. Jährliche Zusatzkosten von 150 bis 350 Millionen Franken würden deshalb allein in der Schweizer Pharmabranche anfallen. Auch Herstell- und Importbewilligungen müssten dann in jedem EU-Mitgliedstaat neu

geprüft werden, was die Kosten unweigerlich weiter in die Höhe treiben würde.

Zudem wäre auch unsere Fähigkeit gefährdet, die besten Talente aus Europa für uns zu gewinnen. Gerade die forschungsintensive Pharmaindustrie, von der direkt und indirekt über 220'000 Arbeitsplätze hierzulande abhängen, und welche dafür sorgt, dass die Schweiz als Industriestandort attraktiv bleibt, benötigt Spitzenforscher und hochqualifizierte Arbeitskräfte. Nur so kann die Pharmaindustrie weiterhin als Exportmotor wirken (34 % der Schweizer Exporte sind Pharmaprodukte) und auch in Zukunft eine hohe Wertschöpfung generieren, die heute einschliesslich der Wirkung über Zuliefererbeziehungen über 7 % der gesamten Wirtschaftsleistung der Schweiz ausmacht.

Vor allem der Grossraum Basel, dessen Wirtschaftskraft heute stark von der Pharmaindustrie geprägt ist, die hier über substanzielle Forschungs-, Produktions- und Distributionsaktivitäten verfügt, wäre durch einen möglichen Verlust der Bilateralen negativ tangiert, was auch direkte Auswirkungen auf nachgelagerte Industrien haben könnte, die heute eng mit Unternehmen wie Novartis und Roche zusammenarbeiten.

Trotz dieser Herausforderungen bleibe ich aber zuversichtlich. Denn die Schweiz hat in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass sie auch in schwierigen Zeiten pragmatisch bleibt und Lösungen sucht, die den Volkswillen respektieren und gleichzeitig auch die Interessen der Wirtschaft berücksichtigen.

Gerade in einer Zeit des beschleunigten politischen, wirtschaftlichen und ge-

sellschaftlichen Wandels ist es ratsam, auf bewährte Stärken zu setzen. Die bilateralen Verträge haben die Schweiz in den vergangenen Jahren gestärkt und ihr erlaubt, sich eigenständig und souverän weiterzuentwickeln. Diesen Weg unbedacht zu verlassen, indem wir riskieren, die bilateralen Verträge durch eine zu strenge Auslegung der Masseneinwanderungsinitiative aufs Spiel zu setzen, würde die wirtschaftlichen,

aber auch die politischen Unsicherheiten unnötig vergrössern. Kommt noch dazu, dass auch die EU sich weiter vernetzt: Die Verhandlungen über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA sind in vollem Gang. Und die USA ihrerseits haben im Oktober dieses Jahres die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den Pazifikanrainern (TTP)

abgeschlossen.

Mehr denn je – und das zeigen sowohl die Flüchtlingsproblematik wie auch der neuentfachte Terrorismus in Europa – müssen die Probleme heute grenzübergreifend angegangen werden: In einer vernetzten Welt können wir langfristig nur erfolgreich sein, wenn wir unsere Stärken mit jenen unserer Partner verbinden.

Unternehmenssteuerreform III: Die Quadratur des Kreises – auf gutem Weg.

Text: Dr. Eva Herzog

Bei Redaktionsschluss dieser Zeilen befindet sich die Unternehmenssteuerreform III kurz vor der Beratung des Ständerates. Die Schweiz muss Steuerprivilegien für internationale Unternehmen abschaffen. Der Druck von Seiten der OECD, der G20 und der EU ist enorm.



Regierungsvizepräsidentin Dr. Eva Herzog,
Vorsteherin des Finanzdepartements,
Kanton Basel-Stadt

Bundesbern hat früh erkannt: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Die Schweiz hat deshalb lange und intensiv mitgearbeitet an internationalen Standards, die in vielen Staaten Anpassungen erfordern.

Gleich lange Spiesse im Wettbewerb – und ein früher Diskussionsprozess in der Schweiz; das Zwischenergebnis lässt sich sehen: Bund und Kantone sind sich heute in einer hochkomplexen Materie weitgehend einig über ein Reformpaket. Dem Kanton Basel-Stadt gibt es die notwendigen Instrumente, um ein attraktiver Standort und finanziell auf solidem Fundament zu bleiben:

- Die bisherigen Statusgesellschaften werden aufgehoben. Sie machen heute in Basel-Stadt über die Hälfte des Gewinnsteueraufkommens aus. Das zeigt die hohe Bedeutung der Reform – aber auch, dass die Finanzierung möglich ist, sofern diese grosse Gewinnsteuerbasis in Basel erhalten bleibt.
- Zweitens leistet die nach OECD-Standard formulierte Patentbox einen Beitrag, dass wir bei den innovativen Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben.

- Drittens werden die ordentlichen Gewinnsteuersätze gesenkt werden müssen, denn die Patentbox wird kaum mehr so breit wirken wie die bisherigen Statusgesellschaften.
- Viertens gibt uns der Bund Mittel zur Finanzierung der Reform: Ausgleichszahlungen an die Kantone, eine höhere Besteuerung der Dividenden und eine Reform des Finanzausgleichs sind vorgesehen.

Es gibt noch viel zu tun – die Diskussion im Bundesparlament läuft. Die kantonale Reform steht erst an: Wie hoch soll die Entlastung in der Patentbox in Basel-Stadt sein? Je geringer sie ist, desto mehr finanziellen Spielraum hat der Kanton für die Senkung der ordentlichen Gewinnsteuersätze – und umgekehrt.

Der Regierungsrat ist daran, Szenarien zu prüfen. Die gute Nachricht ist: Kommt die Bundesreform so wie erhofft, dann haben wir eine gute Ausgangslage für eine nachhaltige Reform, welche für Bevölkerung, Wirtschaft und Gewerbe verkraftbar sein sollte.

Wettbewerbsfähigkeit von Regionen

Die Region Basel steht vor grossen Herausforderungen, die nach strategischen Antworten von Politik und Wirtschaft rufen.

Text: Prof. Dr. Rolf Weder

Eine wettbewerbsfähige Region zeichnet sich durch zwei Eigenschaften aus: sie ist erstens attraktiv für mobile Arbeitskräfte und erreicht zweitens eine hohe Produktivität. Ein regionales Umfeld, welches die Firmen zur Entwicklung neuer Ideen in Form von Produkten, Dienstleistungen und Prozessen bewegt, ist dabei entscheidend. Die Politik muss extrem Sorge tragen, dass sie die dafür notwendige Flexibilität der Firmen nicht unnötig mit Regulierungen aller Art einschränkt.

Untersuchungen zur Entstehung und Prosperität von Firmen und Branchen in einer Region zeigen, dass auf der „Inputseite“ der Firmen die Verfügbarkeit von spezialisierten, hochqualifizierten Arbeitskräften der allerwichtigste Standortfaktor darstellt. Dabei spielte in der Schweiz auch ausländisches Wissen immer wieder eine bedeutende Rolle.

Auf der Nachfrageseite sind es vor allem der Zugang zu Märkten ausserhalb der Region – in Basel ist dies insbesondere der Zugang zur grenznahen EU – sowie die Impulse von anspruchsvollen Kunden, welche für exportorientierte Firmen eine wichtige Basis darstellen. Der Marktzugang macht es nämlich möglich, dass die Region sich auf die Industrien spezialisieren kann, in welchen sie am produktivsten ist. Das so entstehende hohe Einkommen in der Region fördert die lokale Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen, was vielen Unternehmen einen dynamischen Exportvorteil verschafft.

Schliesslich wirkt sich die Wettbewerbsintensität in einer Region positiv auf die Innovation und die Produktivitätssteigerung aus. Dabei ist es wichtig, dass die produktiven Firmen



Prof. Dr. Rolf Weder, Universität Basel

expandieren und die weniger produktiven Firmen auch schrumpfen oder gar verschwinden können. Dieser Prozess trägt, wie neuere Studien zeigen, sehr viel zur Produktivitätssteigerung bei.

Die Region Basel hat aufgrund dieser Zusammenhänge – stark beeinflusst durch die Dynamik in der chemisch-pharmazeutischen Industrie – eine hohe Wettbewerbsfähigkeit und damit einen hohen Wohlstand erreicht. Dieser muss aber jedes Jahr wieder neu erarbeitet werden. Hier steht unsere Grenzregion vor drei grossen Herausforderungen.

Da der Zugang zu hochqualifizierten, mobilen Arbeitskräften so entscheidend ist und da aufgrund der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative eine Beschränkung zu erwarten ist, sollte sich die Region dezidiert für eine „preisliche“ Zuteilung ausländischer Arbeitskräfte (inkl. Grenzgänger) einsetzen. Das heisst, es sollten diejenigen Arbeitskräfte Zugang finden, welche den höchsten Mehrwert generieren. Dies bedingt ein Gebühren- oder Lizenz-System. Wird die Menge beschränkt, ist umso mehr auf die optimale Auswahl mobiler Arbeitskräfte zu achten.

Da die Bilateralen Verträge I durch eine Begrenzung der Zuwanderung gefährdet sind, sollte sich die Politik für Alternativen einsetzen. Dazu gehören Freihandelsabkommen (allenfalls mit südlichen Nachbarn), Formulierungen von Ersatzabkommen mit der EU sowie Stärkung der EFTA und des Engagements der Schweiz in der WTO.

Schliesslich stellt die Euroschwäche speziell für die Grenzregion Basel eine akute Herausforderung dar. Exportfirmen stehen unter grossem Druck, den Anteil der Kosten in Schweizer Franken durch Verlagerungen ins nahe gelegene Ausland zu reduzieren. Der Einkaufstourismus blüht und die Beschaffung von Zwischenprodukten im Ausland steigt. Eine Nichterhöhung oder Reduktion der Nominallöhne (wohlgemerkt in einem Umfeld sinkender Preise) in Schweizer Franken sowie die permanente Einführung von Eurolöhnen für Grenzgänger könnte hier Druck wegnehmen und im langfristigen Interesse aller liegen.

Actelion – global erfolgreich dank attraktiver regionaler Standortfaktoren

Das Allschwiler Pharmaunternehmen ist innerhalb kurzer Zeit zu einem Global Player und einem wichtigen Standbein der Life Science Industrie in der Region geworden – dank der attraktiven Rahmenbedingungen.

Text: Dr. Jean-Paul Clozel

Wir haben mit Actelion eine Erfolgsgeschichte geschrieben, wie man sie sonst eher aus den USA kennt. Dort ist es gang und gäbe, dass Jungunternehmer Firmen gründen. Viele gehen nach kurzer Zeit unter, nur wenige schaffen es bis ganz oben. Actelion ist eine dieser Ausnahmen – und dabei sind wir nicht etwa im Silicon Valley ansässig, sondern in der Region Basel. Innerhalb von fünfzehn Jahren haben wir uns von einem kleinen Start-Up zur global agierenden Firma mit 2'500 Mitarbeitenden entwickelt.

Angefangen hat alles 1997. Damals kam eine kleine Gruppe von vier Roche-Forschern – von denen ich einer war – mit dem ehrgeizigen Ziel zusammen, ein Unternehmen für die effiziente Entwicklung von Medikamenten zur Behandlung von Krankheiten mit hohem medizinischen Bedarf zu gründen, für die es derzeit wenig oder keine Behandlungsmöglichkeiten gibt. Dieses Ziel wird bis zum heutigen Tag konsequent verfolgt.

Als einer der Unternehmensgründer und als Arzt stehen für mich die Patienten im Mittelpunkt und damit der Wille, ihre Lebensqualität zu verbessern. Ein neues Medikament zu finden und eine kleine Tablette zu entwickeln, die das Leben eines Menschen positiv verändern kann, hatte für mich deshalb schon immer etwas Magisches. Wir Ärzte können die Reichweite einer solchen Entdeckung nachvollziehen, denn wir behandeln nicht eine anonyme Krankheit, sondern eine Person, ein Gesicht.

Warum die Region Basel?

Wir Firmengründer haben einen Grossteil unserer beruflichen Erfolge in der Region Basel erreicht. Wir kannten die besondere Energie, die hier vorhanden ist, und wollten diese in das neue Un-



Dr. Jean-Paul Clozel, Gründer und CEO von Actelion

ternehmen einbringen. Dazu kamen praktische Überlegungen: Basel ist für Firmengründungen sehr attraktiv, die Infrastruktur ist hervorragend und auch die juristischen Rahmenbedingungen stimmen. Dies erleichterte die Gründung eines Start-Ups.

Inzwischen sind am Actelion-Hauptsitz in Allschwil etwa 1'000 Mitarbeitende beschäftigt. Ohne talentierte Spezialisten und Wissenschaftler wäre diese rasante Entwicklung allerdings nicht möglich gewesen. Entsprechend qualifizierte Mitarbeitende zu finden, stellt für jede Firma eine grosse Herausforderung dar, und die Region Basel erwies sich für uns diesbezüglich als grosser Vorteil: Dank der Präsenz von Roche und Novartis konnten wir von einer Fülle an Talenten profitieren. Die Region Basel hat weltweit für Wissenschaftler und qualifizierte Fachkräfte eine grosse Anziehungskraft – nicht nur wegen den hier ansässigen Unternehmen, sondern auch wegen der hohen Lebensqualität und einem vielseitigen kulturellen Angebot. Zudem ist sie verkehrstechnisch gut erschlossen.

Selbstverständlich sind günstige Standortfaktoren und kompetitive Rahmenbedingungen – wie beispielsweise ein wirtschaftsfreundliches Steuersystem – für Firmen wichtig, um wettbewerbsfähig zu sein und um investieren zu können. Als Pharmaunternehmen können wir auf lange Sicht jedoch nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, kontinuierlich innovative Medikamente auf den Markt zu bringen. Dass wir heute eine solch vielversprechende Produktpipeline vorweisen können und in den vergangenen Jahren mehrere Medikamente erfolgreich registriert haben, verdanken wir auch der Unterstützung der Behörden vor Ort. Ohne die Möglichkeit, qualifizierte Mitarbeitende aus einer Vielzahl von Ländern relativ unbürokratisch und schnell einzustellen, wäre unser Erfolg so nicht möglich gewesen.

Wenn sich die Region Basel diese hervorragenden Rahmenbedingungen erhalten kann und wenn sich entsprechend auch weiterhin Start-Ups hier ansiedeln, dann kann der Traum von einem Basler Silicon Valley durchaus Realität werden!



WELEDA
Seit 1921

Aktiv-Duschgel
feuchtigkeit anregend

Gel Douche Energis
Energie und Vitalität

Doccia Gel Energy
Energia e vitalità

Feuchtigkeitscreme
für den Mann
Crème hydratante
Homme
Crema idratante
Uomo

100%
Zertifizierte
NATUR-
KOSMETIK

**Sanfte Pflege für
Männerhaut.**

Im Einklang mit Mensch und Natur www.weleda.ch



**MEHR
ENERGIEWENDE
WAGEN.**

**Ihre Energiewende beginnt auf:
www.naturenergie.de**

100 % Regional
100 % Ökologisch
100 % Günstig

► www.naturenergie.de

NaturEnergie
von Energiedienst



Taten statt Worte Nr. 112

Unsere anderen 3229 Lernenden haben leider nicht aufs Bild gepasst.

Als grosses Unternehmen haben wir auch eine grosse Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und unseren Mitarbeitenden. So bietet Coop gruppenweit 3271 Lehrstellen in verschiedenen Berufen an. In der Schweiz werden nach dem Lehrabschluss über 60% in eine Festanstellung übernommen. Für dieses Engagement wurden wir von der Hans-Huber-Stiftung mit dem «Grossen Preis der Berufsbildung» ausgezeichnet.

taten-statt-worte.ch

coop

Für mich und dich.

Für eine pragmatische MEI-Umsetzung

Die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) muss pragmatisch umgesetzt werden, ohne die Bilateralen mit der EU zu gefährden. Wirtschaft und Politik sind gefordert.

Text: Thomas B. Cueni

Während im nationalen Wahlkampf das Verhältnis der Schweiz zur EU weitgehend ausgeblendet wurde, scheint das Thema in Politik und Öffentlichkeit nun endlich mehr Beachtung zu finden. Das ist erfreulich, denn die Umsetzung der MEI ist die wohl wichtigste wirtschafts-politische Entscheidung der nächsten Jahre. Es ist unbestritten, dass eine wortgetreue MEI-Umsetzung dem Prinzip der Personenfreizügigkeit widerspricht und wegen der Guillotine-Klausel zur Kündigung der gesamten Bilateralen Verträge mit der EU führen würde. Das hätte für den Standort Schweiz und die Pharmaindustrie im Speziellen weitreichende Konsequenzen. Entsprechend braucht es eine pragmatische MEI-Umsetzung, die nicht zu einem Bruch mit den Bilateralen führt. Wer eine Lösung aus Brüssel erwartet, macht sich ebenso Illusionen wie die Initianten der RASA-Initiative. Eine Initiative, die gemäss jüngster gfs-Studie schon vor dem Abstimmungskampf nur 45 % Zustimmung hat, führt in und nicht aus der Sackgasse.

In der schwierigen Suche nach Lösungen für die Quadratur des Kreises zwischen MEI-Umsetzung und Erhalt der Bilateralen ist nicht nur die Politik, sondern insbesondere auch die Wirtschaft gefordert. Entsprechend engagiert sich auch die Pharmaindustrie für den Erhalt der Bilateralen. Denn bei einer Kündigung hätten Schweizer Pharmafirmen nicht nur Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal auch im EU-Raum unbürokratisch zu rekrutieren, sondern es käme auch zu neuen Hürden beim Export, weil auch das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse wegfallen würde. Damit könnte die Freigabe von Chargen, also die Qualitätskontrolle für Exporte, nicht mehr durch Schweizer Firmen erfolgen wie heute und statt Schweizer

Integration ausländischer Arbeitskräfte

„Gegenwärtig wird in Wirtschaft und Politik darüber diskutiert, wie man inländische Arbeitskräfte besser in den Arbeitsprozess integrieren kann. Dies kann man über verschiedene Wege machen. Ich nenne Ihnen in der Folge einige Wege und Sie sagen mir bitte jeweils, ob sich die Wirtschaft aus Ihrer Sicht sehr stark, eher stark, eher schwach oder sehr schwach in die jeweilige Richtung engagiert.“

In % Stimmberechtigter

Arbeitsplätze für Junge „Jungen nach der Lehre Arbeitsplätze bieten.“

Frauen integrieren „Frauen nach Babypause wieder ins Berufsleben integrieren.“

Inländer vorziehen „Bei einer offenen Stelle zuerst im Inland suchen.“

Ältere Menschen länger beschäftigen „Ältere Menschen länger im Berufsleben halten.“

Arbeitsplätze für Junge



Frauen integrieren



Inländer vorziehen



Ältere Menschen länger beschäftigen



■ bemüht sich sehr stark ■ bemüht sich eher stark ■ weiss nicht / keine Antwort ■ bemüht sich eher schwach ■ bemüht sich überhaupt nicht

Quelle: gfs.bern, Zukunfts Bilateral, 2. Welle, Oktober 2015 (N=2'525)

Kontrolleuren würden fremde Inspektoren die Qualität der Produktion in der Schweiz überprüfen. Beides wäre mit Mehrkosten verbunden. Zudem würde mit dem Wegfallen des Forschungsabkommens der Forschungsplatz Schweiz geschwächt. Betroffen wäre als wichtiger Pharmastandort insbesondere die Region Basel.

Dass eine pragmatische MEI-Umsetzung die wohl einzige mehrheitsfähige Lösung der Beziehungen zur EU ist, zeigt eine repräsentative Umfrage bei 2'500 Stimmberechtigten, die gfs.bern im Auftrag von Interpharma im Oktober durchgeführt hat: 64 % der Befragten äusserten sich für eine flexible MEI-Umsetzung, wohingegen nur 28 % eine wortgetreue Umsetzung wollen, auch wenn dies zur Kündigung der Bilateralen führt. Auch ein EWR-Beitritt ist nicht mehrheitsfähig. Beunruhigend ist, dass der Anteil derjenigen, die in den Bilateralen nur oder eher Vorteile sehen, seit der ersten Befragungswelle im Februar 2015 von

55 % auf 43 % abgenommen hat. Das muss der Wirtschaft zu denken geben und sie ist gefordert, die Bedeutung der Bilateralen verstärkt aufzeigen. Denn es gibt einen weitverbreiteten Unmut über die Zuwanderung: Über die Hälfte der Befragten sieht diese als Problem (Lohndruck, Arbeitslosigkeit, teurer Wohnraum etc.). Die Wirtschaft tut gut daran, diesen Unmut ernst zu nehmen und aktiv anzugehen. Konkret muss sie den Tatbeweis erbringen, dass sie das inländische Arbeitskräftepotenzial (Jüngere, Frauen, Ü-55) tatsächlich besser als bisher ausschöpft und so die Zuwanderung reduziert. Aber auch die Politik muss Massnahmen ergreifen, um die Probleme mit einer uneingeschränkten Zuwanderung (Asylwesen, vermeintlicher oder realer Sozialmissbrauch etc.) abzufedern.

Nur wenn beides gelingt, wird die Schweiz dank dem einfachen Marktzugang zur EU auch in Zukunft ein starker Wirtschaftsstandort bleiben.

Wettbewerbsfähig bleibt, wer Brücken stärkt, statt sie einzureissen

Trotz ihrer Kleinräumigkeit zählt die Schweiz zu den international am stärksten vernetzten Ländern. Das hat unsere Unternehmen innovativ und konkurrenzfähig und das Land wohlhabend gemacht. Nur will das heute kaum noch jemand wahrhaben.

Text: Prof. Dr. Rudolf Minsch

Wer in einem Land mit hohen Bergen und vielen Flüssen wohnt, muss Brücken bauen, um vorwärts zu kommen. Und in



Prof. Dr. Rudolf Minsch, Chefökonom
economiesuisse

dieser Kunst haben es die Schweizer tatsächlich weit gebracht. Als Prattigauer wird mir das täglich vor Augen geführt, wenn ich die monumentale Sunnibergbrücke bei Klosters passiere. Aber auch die Basler brauchen sich nicht zu verstecken, schliesslich haben sie bereits im 13. Jahrhundert eine Brücke über den Rhein geschlagen – um die gleiche Zeit, als die Urner in der Schöllenen über wacklige Stege den Weg nach Süden öffneten. Bei

den Projekten haben zu einem ökonomischen Aufschwung geführt, von dem die Schweiz bis heute profitiert. Es sind dies die sichtbarsten Zeichen einer höchst erfolgreichen Strategie, die sich als roter Faden durch die Geschichte dieses Landes zieht. Es ist eine Strategie der Vernetzung und des Austauschs. Sie besteht aus Brücken jeglicher Bauart, viele davon ruhen auf einem Fundament aus Tinte und Papier. Denn was ist ein Freihandelsabkommen anderes als eine Brücke, die möglichst viele Hindernisse für den Verkehr von Waren und Dienstleistungen überwindet?

Für eine Volkswirtschaft mit kleinem Heimmarkt ist das die einzig sinnvolle Strategie, um Wohlstand zu generieren. Ob Maschinenbau, Pharma, Uhrenindustrie oder Medizinaltechnik: Keine dieser Branchen wäre in der Schweiz gross geworden ohne die starken Handelsbeziehungen mit Europa und der Welt. Voraussetzungen dafür sind funktionierende Transportwege, niedrige Zölle, die gegenseitige Anerkennung von Sicherheitsvorschriften und Normen, der Schutz von Investitionen und vieles mehr. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Schweiz mehr dieser Brücken gebaut als je zuvor. Zu den Wichtigsten zählen die bilateralen Abkommen mit der EU. Sie bilden quasi unsere Golden-Gate-Bridge zum europäischen Binnenmarkt mit seinen 505 Millionen Kundinnen und Kunden. Mit den Bilateralen wurde die Vernetzung der Schweiz auf eine neue Stufe gehoben, und wie im Mittelalter bei der Eröffnung der Gotthardroute haben wir ausserordentlich stark davon profitiert. Dass die Grenzen für den Waren- und Personenverkehr innerhalb Europas plötzlich wegfielen, verpasste der in den 1990er-Jahren vor sich hindümpelnden Schweiz einen

spürbaren Schub. Innerhalb weniger Jahre mauserte sie sich zum innovativsten und wettbewerbsfähigsten Land der Welt, das selbst die grosse Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 relativ gut überstand.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass wir in Zukunft weniger Brücken brauchen. Im Gegenteil: Die Internationalisierung schreitet rasch voran, neue Wirtschaftsräume werden geschaffen, bisher verschlossene Märkte öffnen sich, Unternehmen und Menschen werden mobiler. Umso gefährlicher ist es, dass die Pfeiler unserer wichtigsten Verbindungen zu Europa derzeit gezielt geschwächt werden. Die Bilateralen I wanken seit dem 9. Februar 2014 bereits bedenklich. Gegen das Schengen-Abkommen, das Herzstück der Bilateralen II, werden Unterschriften gesammelt. Am 28. Februar 2016 stimmen wir über die Durchsetzungsinitiative ab: Sie zwingt Schweizer Gerichte zur Missachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips und verletzt damit das Personenfreizügigkeitsabkommen und die europäische Menschenrechtskonvention. Und die Selbstbestimmungsinitiative will schliesslich nationales Recht grundsätzlich über internationales Recht stellen, was es erlauben würde, jede noch so alte Brücke per Initiativrecht in die Luft zu jagen.

Wenn die Schweizer Unternehmen auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben sollen, müssen wir dieser gefährlichen Entwicklung dringend Einhalt gebieten. Und den Menschen wieder erklären, dass wir ohne Brücken in diesem Land nirgendwohin kommen. Das Brückenbauen ist eine uralte Schweizer Tradition, auf die wir stolz sein und die wir weiterhin pflegen sollten.

Fünf Handlungsfelder zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit

Mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses verteuerten sich die Produkte der MEM-Industrie im Hauptmarkt Europa umgehend um 20%. In der Folge brachen die Auftragseingänge und Margen massiv ein. Rund ein Drittel der Firmen erwartet für 2015 einen Verlust. Sie stehen vor der Frage, wie sie die Wettbewerbsfähigkeit sichern können?

Text: Peter Dietrich

Die Unternehmen der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) haben nach dem 15. Januar 2015 schnell gehandelt. Mehr als zwei Drittel der MEM-Firmen senkten die Preise, um Auftragsverluste in Grenzen zu halten. Es wurden auch Massnahmen zur Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung in die Wege geleitet. Viele Betriebe hatten allerdings einfach umsetzbare Verbesserungen nach dem ersten Frankenschock 2011 bereits ausgeschöpft. Deshalb sind sie heute gezwungen, drastischere Massnahmen zu ergreifen. Entsprechend kam es in diesem Jahr bereits zu Produktionsverlagerungen und Stellenabbau. Eine Entwicklung, die sich in den nächsten Monaten fortsetzen dürfte.

Trotz der schwierigen Lage sind aber alle Voraussetzungen vorhanden, damit die KMU-geprägte MEM-Industrie auch künftig international erfolgreich bleiben kann. Um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern, bieten sich fünf Handlungsfelder an: Internationalisierung, Produktivität, Innovation, Agilität und Fachkräfte.

Die Internationalisierung der industriellen Tätigkeit ist für die meisten Firmen eine Notwendigkeit, um näher beim Kunden zu sein, jeweilige Standortvorteile zu nutzen und neue Märkte zu erschliessen. Gerade im aktuellen Umfeld gewinnt eine umsichtige Internationalisierungsstrategie an Bedeutung. Kurzfristig wird das in der Schweiz Stellen kosten. Aber es hilft, den Bestand der Kernfirma zu sichern. Es gibt ihr die Möglichkeit, wieder die finanziellen Mittel zu generieren, um in neue Produkte, Prozesse und Maschinen zu investieren und damit auch neue Jobs in der Schweiz zu schaffen.

Die Schweiz ist ein Hochlohn- und Hochkostenland. Der starke Franken hat die Situation zusätzlich verschärft. Der Druck, die Produktivität zu steigern, hat massiv zugenommen. Nach dem ersten Frankenschock 2011 haben viele Firmen die Beschaffung optimiert, die Automatisierung vorangetrieben und generell den «Lean-Gedanken» verstärkt umgesetzt. Viel versprechende Potenziale zur Produktivitätssteigerung bieten künftig die Konzepte, welche unter dem Begriff «Industrie 4.0» subsummiert werden. Swissmem hat mit drei anderen Verbänden 2015 die Initiative «Industrie 2025» (www.industrie2025.ch) initiiert, um das entsprechende Wissen im Denk- und Werkplatz Schweiz zu verankern.

Die globalen Märkte zeigen sich zunehmend volatil. Die Nachfrage verändert sich aufgrund rasch ändernden Präferenzen und disruptiver Technologien immer schneller. Die Firmen müssen schnell reagieren können. Das erfordert ein auf Agilität ausgerichtetes Geschäftsmodell, welches die gesamte Wertschöpfungskette mit einschliesst.

Produkte aus der Schweiz können sich in der Regel nur aufgrund eines überlegenen Kundennutzens im globalen Wettbewerb durchsetzen. Um immer eine Nasenlänge voraus zu sein, sind kontinuierliche Innovationen überlebenswichtig. Die Firmen müssen diesen Innovationsprozess aktiv managen. Leider beanspruchen vor allem KMU die Möglichkeiten, die eine Zusammenarbeit mit einer Fachhochschule oder einem Forschungsinstitut bietet, noch viel zu wenig.

Damit ein Unternehmen in den oben genannten Handlungsfeldern aktiv



Peter Dietrich, Direktor Swissmem

werden kann, braucht es geeignete Fachkräfte. Mittelfristig liegt darin die grösste Herausforderung, zumal bereits heute in fünf von elf relevanten Berufsfeldern der Industrie ein Fachkräftemangel besteht. Nur schon aus demografischen Gründen wird sich dieser verstärken. Und je nachdem wie die Masseneinwanderungs-Initiative umgesetzt wird, drohen verschärfte Engpässe. Hier ist die Politik gefordert, eine wirtschaftsfreundliche Lösung zu finden.

Das Kapital wird nicht geschont

In welchem Ausmass wird das Vermögen in der Schweiz überhaupt belastet?

Text: Dr. Marco Salvi

In den aktuellen Diskussionen rund um die Unternehmenssteuerreform III geht oft vergessen, dass die Unternehmensgewinnsteuer nur eine unter vielen Steuern ist, die das «Kapital» belasten, sprich die Summe aller Produktionsausrüstungen, Liegenschaften oder anderer Vermögenswerte unserer Volkswirtschaft. Neben Abgaben, wie die Erbschaftsteuer oder die Stempelabgaben, die beim Vermögenstransfer erhoben werden, finden sich auch Steuern auf dem Bestand (die Vermögenssteuer der natürlichen Personen), dem Ertrag (Dividenden und Zinsen) sowie auf dem Vermögenszuwachs (Grundstückgewinnsteuer). Zählt man alle diese Kapitalsteuern zusammen, stellt man fest, dass Vermögen in der Schweiz steuerlich nicht geschont wird: Das Steueraufkommen sämtlicher Kapital- und Vermögenssteuern erreichte im Jahr 2012 nach einer neuen Schätzung von Avenir Suisse 48,9 Mrd. Franken. Es machte also gut 25 % der Gesamtsteuereinnahmen aus; den Rest bestreiten Konsum- und Lohnsteuern. Auch der Anteil der Kapitalsteuern am BIP ist im internationalen Vergleich beträchtlich: Mit 7,8 % liegt er nur knapp unter dem Mittelwert der EU-Länder (8,2 %), ist aber deutlich höher als in vergleichbaren Ländern wie Österreich (6,6 %), Deutschland (6,2 %) oder den Niederlanden (5,6 %).

Neue Schätzmethode

Wie hoch ist dann der Gesamtsteuersatz auf dem Kapital? Erstmals für die Schweiz stellte Avenir Suisse vor kurzem eine Schätzung der effektiven, durchschnittlichen Steuerbelastung des Kapitals vor. Diese berechnet für jedes EU-Mitgliedsland die Belastung von Löhnen, Kapital und Konsum auf der Grundlage der jeweiligen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – einer Art Buchhaltung der Nationen, die in jedem Land gleich

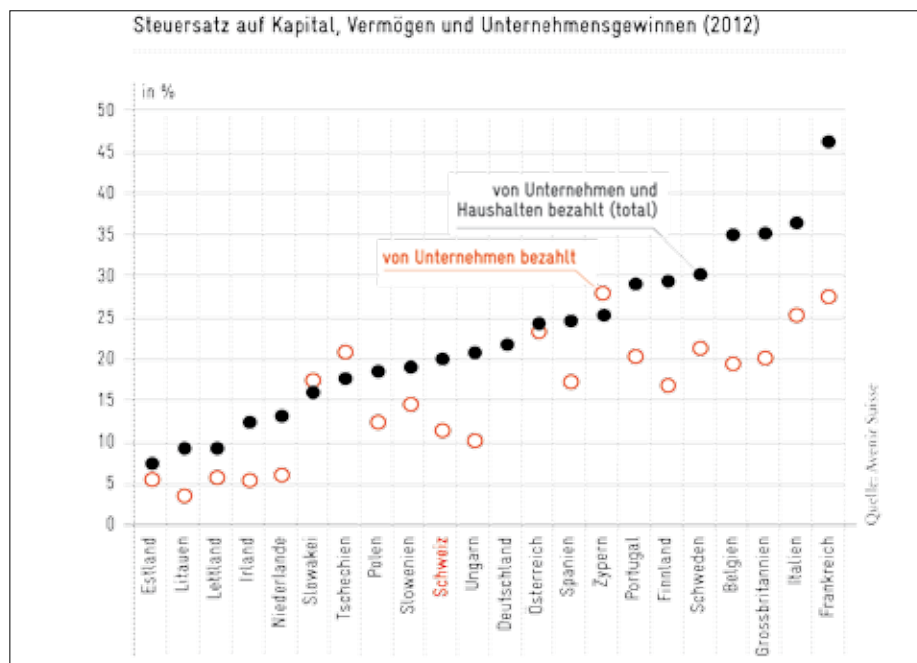
berechnet wird. Der Ansatz ermöglicht einen internationalen Vergleich der Steuerbelastungen, der über die offiziellen Steuersätze hinausblickt. Er berücksichtigt neben unterschiedlichen Abschreibungsgepflogenheiten auch divergierende Möglichkeiten für Steuerabzug und Verlustvortrag sowie weitere Parameter der Vermögens- und Unternehmensbesteuerung.

Die Berechnungen von Avenir Suisse zeigen, dass die im Jahr 2012 von den Schweizer Firmen entrichteten Steuern 13,5 % der ausgewiesenen Gewinne ausmachten. So betrachtet, gehört die Schweiz zu den steuergünstigen Standorten, auch wenn die Niederlande, Irland und die osteuropäischen Staaten die Unternehmensgewinne noch weniger belasten (s. Abbildung).

Kapital mehrfach belastet

Die Gesamtsteuerbelastung eines inländischen Investors oder Unternehmers

setzt sich allerdings – wie eingangs erwähnt – aus mehr als nur aus Unternehmenssteuern zusammen. Kapitaleinkommen wird auch auf Personenebene belastet, und dies gleich mehrfach: mit der Einkommenssteuer, mit der Vermögenssteuer und ggf. mit der Erbschaftsteuer. Der Steuersatz auf dem Kapitaleinkommen der Haushalte ist mit 26,5 % entsprechend höher als bei den Unternehmensgewinnen. Der Gesamtsteuersatz des Kapitals – berechnet als Verhältnis aller Kapitalsteuern zu den Kapitalerträgen – liegt somit bei 20,6 %. Dieser Satz, der sowohl die Steuern auf Personen als auch auf Unternehmensebene umfasst, ist im internationalen Vergleich nicht sonderlich gering; der Durchschnitt der EU-Länder liegt bei 23,1 %. Von einer Bevorzugung der Schweizer «Kapitalisten» kann also nicht die Rede sein – auch, wenn die Schweiz im Vergleich zu Frankreich oder Italien tatsächlich als unternehmensfreundlich betrachtet werden darf.



Wie der Stromhandel zur Wettbewerbsfähigkeit beiträgt

Ein effizienter Stromhandel mit den europäischen Nachbarländern ist nicht nur im Interesse der Schweizer Stromproduzenten. Ebenso bedeutend ist er für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

Text: Dr. Suzanne Thoma

2014 verbrauchten Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen in der Schweiz 33.5 TWh Strom. Gemessen an den durchschnittlichen Preisen im börslichen Handel hatte diese Energie einen Wert von etwa 1.5 Mrd. Franken. 2008 waren es 35 TWh mit einem Marktwert von 4.1 Mrd. Franken. Vor allem energieintensive Unternehmen profitierten von den sinkenden Preisen und damit vom grenzüberschreitenden Stromhandel. Schliesslich sind die tiefen Preise eine Folge internationaler Entwicklungen: Dazu gehören das Überangebot von Erzeugungskapazitäten in Europa – nicht zuletzt aufgrund des subventionierten Ausbaus der erneuerbaren Energien –, sowie die tiefen Gas-, Kohle- und CO₂-Preise. Im schweizerischen Kontext spielt ausserdem der Wechselkurs eine zentrale Rolle, da der inländische Preis in der Regel durch das benachbarte Ausland bestimmt wird – und dort bilden sich die Preise auf Basis des Euro.

Der blosse „Import“ ausländischer Grosshandelspreise stellt jedoch nicht den eigentlichen Mehrwert des Stromhandels dar: Entscheidend ist, dass der Stromhandel den Ausbau fossiler Erzeugungsanlagen in der Schweiz und daraus resultierende Kosten für die Verbraucher vermeiden hilft. Die Schweizer Erzeugung basiert – aufgrund der vorteilhaften geographischen Verhältnisse – in erster Linie auf der Wasserkraft. Deren Produktionsmöglichkeiten sind jedoch durch natürliche Einflüsse beschränkt. Vor allem während der Wintermonate ist die Erzeugung tiefer und die Schweiz muss den inländischen Bedarf durch Stromimporte aus Europa decken. Saisonale Produktionsschwankungen werden folglich durch grenzüberschreitenden Stromhandel ausgeglichen. Wäre die Schweiz eine stromautarke Insel, bräuchte sie



Dr. Suzanne Thoma, CEO BKW

zusätzliche (fossile) Kraftwerkskapazitäten, um den höheren Bedarf und die tiefere Wasserkraftproduktion im Winter auszugleichen. Finanziert würden die Kosten der zusätzlichen Kraftwerkskapazitäten, die während des Sommers kaum im Einsatz stünden, über beispielsweise besonders hohe Energietarife im Winter.

Schliesslich dient der Stromhandel auch den Interessen der Kraftwerksbetreiber, da sie saisonbedingte Produktionsüberschüsse im Ausland vermarkten können. Doch die anhaltend tiefen durchschnittlichen Stromgrosshandelspreise schränken diesen Nutzen stark ein. Die nun diskutierten Subventionen für bestehende Wasserkraftwerke stellen keine nachhaltige Lösung des Problems dar. Einerseits belasten die Subventionen die inländischen Verbraucher und Steuerzahler. Andererseits kann die Wasserkraft nicht dauerhaft durch Subventionen gestützt werden. Umso wichtiger wird eine bessere Vermarktung der

Wasserkraft an der Strombörse. Ein spezifischer Vorteil der Wasserkraft ist ihre technische Flexibilität. Diese kann dazu eingesetzt werden, die raschen Produktionsveränderungen von Wind- und Photovoltaikproduktion auszugleichen. Mit wachsendem Anteil der erneuerbaren Energien nehmen die damit verbundenen Preisausschläge im kurzfristigen Stromhandel zu. Wasserkraftwerke können davon profitieren, wenn sie ihre Produktion flexibel und sehr kurzfristig im Markt anbieten können. Das setzt aber eine Teilnahme am europäischen Strombinnenmarkt voraus.

Somit wird der freie Zugang zum europäischen Strommarkt immer wichtiger; für Kraftwerksbetreiber und Stromverbraucher gleichermassen. Davon profitieren wird auch die Industrie, zum einen über Preiseffekte, zum anderen, weil sie über attraktive smarte Technologien zunehmend in das System des Stromhandels eingebunden sein wird.

Wie bleiben unsere Unternehmen wettbewerbsfähig?

Das Basel Economic Forum, kurz BEF, ist das Wirtschaftsforum für die Metropolitanregion Basel. Es wurde vom Think Tank metrobasel initiiert und erstmals 2014 veranstaltet. Das zweite BEF vom 23. November 2015 befasste sich mit der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Entscheidungsträger äusserten sich zu aktuellen Herausforderungen und möglichen Lösungsansätzen.

Text: metrobasel

Das BEF Basel Economic Forum 2015 war gut besucht. Regula Ruetz, Direktorin von metrobasel, eröffnete das zweite BEF und begrüßte die Anwesenden aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. In ihrer Einführungsrede ging Ruetz auf aktuelle Herausforderungen für die Wirtschaft und auf die bestehende Rechtsunsicherheit ein: „Die Wirtschaft ist auf kompetitive Rahmenbedingungen und vorteilhafte Standortfaktoren angewiesen. Diese haben sich jedoch in den letzten Monaten im internationalen Vergleich massiv verschlechtert“, gab sie zu bedenken. Als grosse Herausforderungen, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stark beeinträchtigen, nannte sie den hohen Frankenkurs, die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und die laufend zunehmende Flut an Regulierungen. Während insbesondere die exportorientierten Un-



Regula Ruetz, Direktorin metrobasel

ternehmen, der Detailhandel und der Tourismus schlagartig und massiv von der Euroschwäche respektive vom Frankenschock am 15. Januar getroffen worden seien, verursachen neue unnötige Regulierungen schleichend höhere Aufwendungen und Marktbehinderungen für die gesamte Wirtschaft. Wie die Mas-

seneinwanderungsinitiative MEI im Unternehmen mit der EU zudem umgesetzt werden könne, sei noch völlig offen. Dies führe zu einer grossen Unsicherheit bezüglich der Verfügbarkeit von dringend benötigten qualifizierten Fachkräften. Gleichzeitig stehe auch noch die Unternehmenssteuerreform III an, denn auf Druck der OECD und der EU sollen die Steuerprivilegien für Holdinggesellschaften abgeschafft werden. Da brauche es eine ausgewogene Lösung, damit nicht einerseits grosse Firmen wegen massiv höheren Unternehmensgewinnsteuern abwandern, und andererseits die öffentliche Hand Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe wegen dem reduzierten Unternehmenssteuerzinssatz verzeichnen müsse.

„Wollen wir auch weiterhin eine erfolgreiche Wirtschaftsregion bleiben, dann brauchen die Unternehmen Rechtssicherheit und stabile Rahmenbedingungen“, schloss sie ihre Eröffnungsrede.

Was genau ist eigentlich «Wettbewerbsfähigkeit»? Auf diese Frage ging Barbara Gutzwiller, Direktorin des Arbeitgeberverbands Basel, in ihren Ausführungen ein: „Unternehmen sind dann wettbewerbsfähig, wenn sie im Vergleich zu anderen Anbietern ihre Produkte oder Dienstleistungen entweder besonders günstig oder qualitativ besonders gut herstellen können.“ Es existiere somit ein Wettbewerb über den Preis, die Leistungsfähigkeit und die Qualität. Die Schweiz schneide zwar in verschiedenen Rankings bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit seit Jahren gut ab, in der jüngeren Vergangenheit seien jedoch Entscheide gefällt worden, welche der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Forschungs- und Entwicklungsstandorts schaden können und zu einem Klima der Unsi-

cherheit führen. Neben der Masseneinwanderungsinitiative und der Aufwertung des Schweizer Frankens nannte Gutzwiller unnötige bürokratische und praxisferne Vorschriften wie die Arbeitszeiterfassung oder die Verordnung zum neuen Lebensmittelgesetz. In die richtige Richtung gehe die Fachkräfteinitiative des Bundesrates gegen den Fachkräftemangel und für die bessere Nutzung von inländischen Fachkräftenreserven.



Regierungsrat Christoph Brutschin

In seiner Grussbotschaft ging Regierungsrat Christoph Brutschin auf die Bildung ein. Die Universität sei für die Region ein wichtiger Standortfaktor. „Die Regierung unternimmt alles, damit unsere Universität weiterhin geordnet arbeiten kann und eine wichtige Institution in unserer Region bleibt.“

Ein zweites Problemfeld, das Brutschin erwähnte, war der schwache Euro. Das habe es zwar immer wieder gegeben, aber problematisch ist diesmal, dass die Frankenaufwertung schlagartig erfolgte: „Nichts ist für die Wirtschaft so schädlich wie Schocks“.

Es gibt aber nicht nur Schatten, sondern auch Licht. „Was wir brauchen, sind in-

novative Firmen“, meinte Brutschin. Und da sei man auf gutem Weg: In Allschwil wurde kürzlich der Nordwestschweizer Netzwerkstandort des Schweizer Innovationsparks in Betrieb genommen. In der Region werde auf verschiedensten Stufen geforscht: In Allschwil wird präkompetitive Forschung betrieben, während im Technologiepark Stücki viele Jungunternehmen tätig sind.

Ernst wird Brutschin bei der derzeitigen Frage zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative: „Der Einsatz ist eindeutig zu hoch, wenn die Bilateralen Verträge mit der EU auf dem Spiel stehen.“ Auch müsse man dafür sorgen, dass die Bürokratie nicht beliebig ansteigt. Bei jeder Anstellung den Inländervorrang nachzuweisen, sei eine aufwendige Arbeit, meinte Brutschin.

Regionen im Wettbewerb

Prof. Dr. Rolf Weder, Professor für Ausenwirtschaft und Europäische Integration, äusserte sich in seinem Referat zur Wettbewerbsfähigkeit von Regionen. Letztlich gehe es darum, sowohl eine hohe Standortattraktivität wie auch eine hohe Produktivität vorweisen zu können. Was beeinflusst die Wettbewerbsfähigkeit? Alles! Sogar der Zufall sei wichtig, wie etwa die Erfindung von Farbstoffen und deren spätere Produktion in Basel, die als Grundstein für die chemische Industrie gilt. Er zeigte auf, dass Wettbewerbsfähigkeit die Summe von vielen Faktoren ist, welche Firmen eine hohe Produktivität ermöglichen: Arbeitskräfte und Know-How, Gesetzgebung, gute Zugangsbedingungen zu anderen Märkten und qualitativ hochstehende inländische Nachfrage. Für die Produktionssteigerung ist zusätzlich der Wettbewerb innerhalb von Branchen zentral, denn dieser fördert die Dynamik von Entwicklungen. Ein gutes Beispiel dafür sind die grossen Pharmafirmen auf dem Platz Basel. Zentral sei jedoch das Humankapital, also die verfügbaren Fachkräfte. An zweiter Stelle stehe der Zugang zu den Märkten.

Der hohe Frankenkurs führe dazu, dass Basel für qualifizierte ausländische Arbeitskräfte wegen der höheren Löhne in Euro attraktiver werde. „Das ist im Werben um Talente ein Wettbewerbsvorteil.“ Im Prinzip müssen allerdings Nominal-löhne in Franken bei fallenden Preisen sinken. Eine Einführung von Eurolöhnen

für Grenzgänger erachtet er als Chance für die Grenzregion. Er fügte aber an, dass er nie vorschlagen würde, in der Schweiz wohnhafte Arbeitnehmende in Euro zu bezahlen.

Weil die bilateralen Abkommen mit der EU möglicherweise gefährdet seien, fordert er ein multilaterales Freihandelsabkommen: „Warum nicht einen kleinen Grenzverkehr auch für Güter einführen, zum Beispiel zwischen Baden-Württemberg und den nördlichen Kantonen?“, stellte er als Hypothese in den Raum.

Im kurzen Interviewformat „nachgeforscht“ diskutierte der Ökonom, Prof. Dr. Urs Müller, Präsident des Schweizerischen Kantonalbankenverbandes, mit Rolf Weder die Zusammenhänge zwischen Produktivität und Attraktivität. Für Basel sei das breite Kulturangebot und die Grenzgängersituation, welche die Verfügbarkeit von Fachkräften erhöhe, sicherlich ein Vorteil. Weder: „Der Zufall kann für die Entstehung neuer Ideen von Bedeutung sein, was aber eine Stadt, eine Region daraus macht, ist zentral. Auf jeden Fall sollte die Politik die Firmen in ihrer Innovation nicht unnötig bremsen.“

Komplexe Steuermaterie

Nein, eine «Lex Basel» sei die derzeit laufende Unternehmenssteuerreform III (kurz: USR III) nicht, sagte Adrian Hug, Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Basel habe sich aber in der Diskussion um die USR III sehr gut eingebracht.

Um was geht es? Basel ist für internationale Firmen ein steuerlich attraktiver Standort. Viele in der Region ansässige Firmen profitieren von einem im Steuer-

gesetz vorgesehenen, sogenannten Sonderstatus. Das heisst, die Konzerngewinne fliessen nur zu einem reduzierten Teil in die Besteuerung in der Schweiz ein. Seit einiger Zeit werden derartige Steuerprivilegien für internationale Unternehmungen seitens der EU, OECD und G20-Staaten kritisiert. Und einmal mehr ist die Schweiz im Fadenkreuz. Als Grundsatz wird gefordert, dass die Gewinne in jenem Land versteuert werden sollen, in welchen die Wertschöpfung effektiv anfällt. Im Rahmen der OECD zeichnet sich zu diesen Fragen ein Standard ab, welcher in einigen Staaten bereits angewendet wird und weitestgehend akzeptiert ist: In der Schweiz werden die Sonderstatus-Bestimmungen aufgehoben, neu sollen Unternehmungen aber die Möglichkeit für eine privilegierte Besteuerung von Gewinnen aus Patenten (sogenannte Patentboxen) erhalten und für Forschung und Entwicklung erhöhte steuerliche Abzüge machen können. Da es in Basel und auch in der Restschweiz viele forschende Firmen gibt und solche, welche Patente halten, könnte die USR III der Königsweg für die Schweiz sein. Der Bund unterstützt die Kantone mit einem erhöhten Anteil an der direkten Bundessteuer im Umfang von rund einer Milliarde Franken. Wie die Kantone diese zusätzlichen Mittel einsetzen, ist in ihrer Kompetenz, sagte Hug. Einbehalten – oder Firmensteuern flächendeckend senken. In Basel würde der Mehrertrag wohl zur Steuerreduktion für forschende Firmen eingesetzt. Der früheste Zeitpunkt für das Inkrafttreten der USR III könnte 2017 sein. Danach wird den Kantonen eine Frist von zwei Jahren bleiben, um ihre kantonalen Steuergesetze anzupassen.





Dr. Marco Salvi, Avenir Suisse

Dr. Marco Salvi, Ökonom beim Think Tank Avenir Suisse stellte fest: „Wir werden aus einem Steuerparadies vertrieben“ – man könnte auch sagen: Das Steuerparadies wird aus der Schweiz vertrieben. Dennoch: Die Besteuerung in der Schweiz bleibe aus Sicht der Ökonomen für die Konsumsteuer attraktiv, die Steuern auf Lohneinkommen inklusive der zweiten Säule hingegen in etwa auf dem Niveau von Frankreich und Deutschland. Heute sei der Druck aus dem Ausland betreffend der Besteuerung von Unternehmen relativ geschlossen organisiert. Das könne sich aber ändern. In den vergangenen 16 Jahren habe sich zudem gezeigt, dass selbst bei fallenden Steuersätzen die Steuereinnahmen steigen.

Breakout Session - Diskussionspanel

Auf dem Podium unter der Leitung von Dr. Peter Herrmann, Group Compliance Officer von Actelion diskutierten Prof. Dr. Rolf Weder, Adrian Hug und Dr. Marco Salvi die Frage «Wie bleiben unsere Unternehmen wettbewerbsfähig - was kann

die Wirtschaft tun und was die Politik beitragen?» Unternehmen müssen operativ ohne Unterstützung der Politik erfolgreich sein. Diese soll jedoch für möglichst vorteilhafte Standort-Rahmenbedingungen sorgen, meinte Herrmann. Auf dem Podium war man sich diesbezüglich einig: Der Staat muss für gute Infrastrukturen sorgen: die verkehrstechnische Erreichbarkeit, vorteilhafte Steuern, eine unabhängige Gesetzgebung, Patentschutz, die Dialogbereitschaft der Behörden und die Nähe zu Universitäten und Hochschulen. Zentral ist jedoch der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu hochqualifizierten Fachkräften. Wenn ein Unternehmen diesen nicht hat, entscheidet es sich gegen die Region. In diesem Punkt war man sich einig.

Auf die Frage, was passiere, wenn die USR III nicht umgesetzt wird, meinte Hug: „Der internationale Druck bleibt bestehen. Wir werden die Privilegien abschaffen müssen, sonst kommt es zu Nachteilen für die exportorientierte Wirtschaft.“

Salvi meinte, Erfolg sei schwer planbar. Es hätte zehn Jahre gebraucht, bis man merkte dass die Rohstoffbranche in Genf angekommen sei. Ähnlich war es mit der Modebranche im Südwesten: niemand habe damit gerechnet. Deshalb sollen sich die Politiker vor allem auf die Rahmenbedingungen konzentrieren.

Nach der Breakout Session, an der sich die BEF-Teilnehmenden mit Fragen, Ausführungen und Inputs beteiligen konnten, wurden die Diskussionen beim Lunch im

Festsaal weitergeführt. Äusserten sich am Morgen hauptsächlich Referenten aus der Wissenschaft und Verwaltung, so startete das Nachmittagsprogramm um 13.30 Uhr mit Referenten aus der Wirtschaft und Politik.

Wirtschaftlicher Ausblick

Dr. Felix Brill, CEO von Wellershoff & Partners Ltd., referierte zu «Die Schweizer Wirtschaft zwischen Stabilität und Wandel»: Nach der Freigabe des Eurokurses sei voreilig die Krise ausgerufen worden. Statt in die Knie zu gehen, habe sich die Schweizer Wirtschaft einmal mehr als ausgesprochen widerstandsfähig



Dr. Felix Brill,
CEO von Wellershoff & Partners Ltd.

und robust erwiesen. Die Nachfrage im Inland und im Bau bewege sich auf hohem Niveau und wirke entsprechend stabilisierend. Im nächsten Jahr dürften dann auch wieder mehr Impulse von der Exportwirtschaft kommen. Denn zum wichtigsten Hauptabsatzgebiet der Schweizer Wirtschaft sagte Brill: „Die Konjunkturerholung in der Eurozone



Breakout Session: Prof. Dr. Rolf Weder, Dr. Peter Herrmann, Dr. Marco Salvi, Adrian Hug

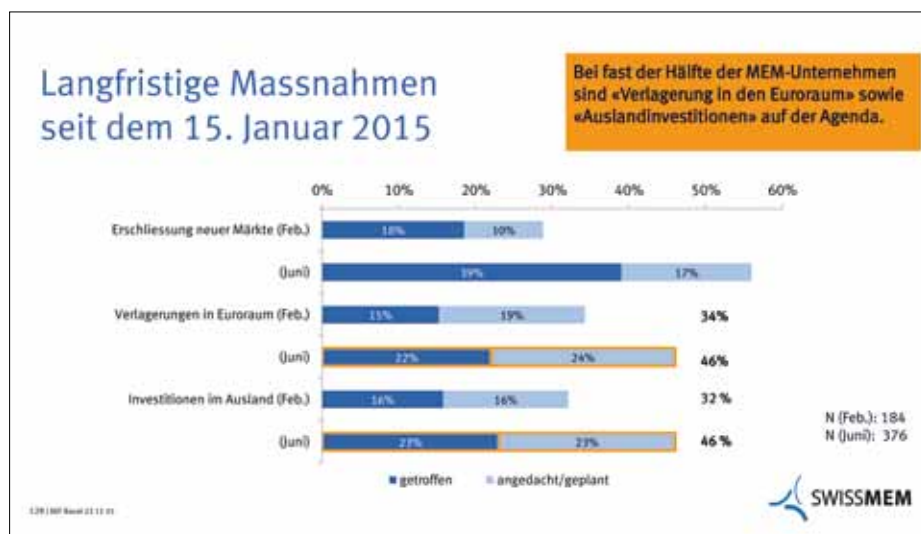
ist auf gutem Weg.“ Hinzu komme, dass der Gegenwind im Zuge der bereits eingesetzten Abschwächungstendenz beim Schweizer Franken weiter abnehmen werde. Brill sieht die Konjunkturentwicklung der kommenden Jahre insgesamt positiv: „Wir sind wohl mit einem blauen Auge davon gekommen. Da der Schweizer Markt jedoch zunehmend gesättigt ist, rücken die ausländischen Absatzmärkte noch mehr in den Fokus.“

Die KMU im Überlebenskampf

„Der Kampf der KMU um Wettbewerbsfähigkeit - und was leistet die Politik dazu?“ Peter Dietrich, Direktor vom

Wechselkurses. Es musste rasch reagiert werden. Um das Geschäft am Laufen zu halten, senkten dreiviertel der Betriebe ihre Preise. 30 % der Unternehmen planten in der Folge eine Arbeitszeitverlängerung, 21 % ziehen eine solche in Betracht, 22 % denken sogar an Verlagerungen von Arbeitsplätzen in den Euroraum oder an Auslandsinvestitionen. Was kann die Politik in dieser Situation machen? Gute Rahmenbedingungen schaffen. Diese seien in den vergangenen vier Jahren jedoch nicht verbessert worden, kritisierte Dietrich. Grossprojekte wie Energiestrategie 2050, Altersvorsorge 2020, Umsetzung der Massen-

Thomas B. Cueni, Generalsekretär des Verbandes Interpharma, stellte im „nachgeforscht“ Fragen an Peter Dietrich zum Freihandelsabkommen. „Bezüglich Handelsvolumen sind wir sehr interessiert an einem mit den USA. Das hatten wir versenkt, sollten es jetzt aber wieder an die Hand nehmen“, schlug Dietrich vor. Die Industrie habe vor der Abstimmung gegen die Masseneinwanderungsinitiative gekuscht, kritisierte Cueni. Dietrich verneinte dies und verwies auf die umfassende Kampagne dagegen. Demgegenüber hätten z.B. die Gewerkschaften und die SP zu wenig gemacht und die Initiative unterschätzt.



Verband Swissmem, welcher rund 1'000 Mitgliedsfirmen vertritt, beschrieb die Herausforderungen, welche aufgrund der Währungssituation in der Maschinen- und Elektro- branche entstanden und z.T. noch bevorstehen: 35 % der Firmen erwarten 2015 laut einer Mitgliederumfrage operative Verluste wegen des

einwanderungsinitiative oder Swissness sind Themen, die mit belastenden Elementen versehen sind und Unsicherheit auslösen. Es wiege besonders schwer, wenn Schweizer Firmen die einzigen auf der Welt seien, die derart harte Regulierungen erfüllen müssen.



Thomas B. Cueni und Peter Dietrich

Preissenkungen bei Coop

In seinem Referat «Wie besteht Coop im herausforderungsreichen Wettbewerbsumfeld?» ging Reto Conrad, Coop-Finanzchef und Schweizer CFO des Jahres 2011, zuerst auf die Situation des Detailhandels ein: „Wir haben heute ein Preisniveau wie vor 25 Jahren.“ Schaut man auf die letzten 15 Jahre, so sei Nonfood 19,2 % billiger geworden, Food 8,8 % teurer, zusammen -6,6 %. Gleichzeitig haben die Nominallöhne 30 % zugelegt. Es sei schon beeindruckend, in welchen Raten der Einkaufstourismus wachse. In der Schweiz habe es, laut Aussage von Bundesrat Schneider-Ammann, bereits 6000 Jobs und 11 Milliarden Umsatzverlust gekostet.

Gleichwohl investiere Coop, beispielsweise in das Logistikzentrum Jegenstorf oder in den neuen Produktionsstandort in Pratteln. Starkes Wachstum weise der Onlinehandel auf. Auf die Frage von Cueni, ob man gegen die Welle „Geiz ist geil“ angehen könne, antwortete Conrad: „Coop hat die Preise bei über 13000 Produkten gesenkt. Wir wollen zudem die Positionierung mit Lebensmitteln lokaler Herkunft forcieren“. Conrad forderte: „Wir sollen Direktimporte tätigen können, und zwar ohne gesetzliche Hemmnisse.“

Pharma als Lokomotive

«Wie bleibt unsere Region für die Pharmaindustrie attraktiv?» Dieser Frage ging Dr. Stephan Mumenthaler, Head Economic & Swiss Public Affairs Novartis, in seinem Referat nach. Ein entscheidendes Stichwort für die Antwort lieferte er gleich zu Beginn: Der Standort Schweiz und unsere Region könne nur durch Innovation erfolgreich sein. Die Voraussetzungen für

die Pharmabranche seien hier im Prinzip gut. Die Nordwestschweiz trage zu etwa 40 Prozent zur Forschung und Entwicklung in der Schweiz bei. Die Pharmaexporte konnten in den vergangenen 15 Jahren von 20 auf 75 Milliarden Franken verdreifacht werden. Die Entwicklungskosten neuer Medikamente seien allerdings sehr hoch und es dauere sehr lange, bis ein Medikament auf dem Markt sei. „Da braucht es Stabilität ein gutes Bildungssystem, einen starken Patentschutz und die Möglichkeit, hochqualifizierte Mitarbeitende auch aus dem Ausland anstellen zu können.“ Die Rechtsunsicherheit nehme allerdings zu. Mit der MEI hänge ein Damoklesschwert über der Wirtschaft. „Die Bilateralen dürfen nicht gefährdet werden, sie sind für uns wichtig.“ Dank dem Abkommen über die technischen Handelshemmnisse müsse beispielsweise nicht jede Fabrik in jedem Land einzeln zertifiziert werden.

Thomas B. Cueni stellte im Modul „nachgeforscht“ die Frage, welche Bedeutung der an diesem Tag bekannt gewordenen Pfizer-Allergan-Deal für Novartis habe. Mumenthaler meinte, dies zeige die Wichtigkeit der Steuerfrage, denn die Übernahme von Allergan sei primär steuerlich motiviert. Die USA hätten sehr hohe Unternehmenssteuern, deshalb verlagere Pfizer mit der Übernahme seinen Steuersitz nach Irland.

Sinkende Strompreise

«Energie als Wettbewerbsfaktor» war das Thema von Dr. Suzanne Thoma, CEO der BKW. Die Energiebranche brauche Rechtssicherheit, um langfristig investieren zu können, forderte Thoma. Die Strompreise haben sich seit 2010 am Markt halbiert. Gleichzeitig investieren Stromproduzenten in den Erhalt der

Produktionsinfrastruktur, um auch mikrokleine Stromausfälle zu verhindern, welche Millionenschäden anrichten können. Dazu gehört auch das Netz, das auf die Herausforderungen der dezentralen und fluktuierenden Produktion von Wind und Sonne auszurichten ist. Die Versorgungssicherheit sei kurzfristig gegeben. Mittel- bis Langfristig brauche es aber stabile Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit.



Thoma sieht für die Energiebranche eine Lösung bei der Energieeffizienz. „Sie ist weltweit ein unglaublicher Wachstumstreiber und lukrativ. Die Wettbewerbssituation kann sich verbessern, wenn Lösungen angeboten werden, die es erlauben, Energie effizienter zu nutzen.“

„Und das Stromabkommen mit der EU, wo steht dies?“ fragte Cueni. „Es stellt sich nicht die Frage, ob es ein Abkommen gibt, sondern ob wir den Marktzugang haben“, erwiderte sie. Diesbezüglich existiere eine gewisse Unsicherheit.

Kaum Zeit für Reformen

Nationalrätin Susanne Leutenegger-Oberholzer, heutige Präsidentin Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), setzte mit Ihrem Referat «Die Politik als Wegbegleiterin oder Bremserin der Wettbewerbsfähigkeit?» einen Schluss- und Kontrapunkt.

„Wir wurden gerade in der vergangenen Legislatur in der WAK stark von aktuellen Problemen um den Finanzplatz und vom Ausland getrieben“, sagte sie. Dazu gehörten die Auseinandersetzung mit den USA, die Lösung der „Too big to fail“-Problematik der Grossbanken oder die Reform der Steueramtshilfe. Mit der Anpassung an die Regeln der OECD mussten wir in der Folge zahlreiche Doppelbesteuerungsabkommen einzeln anpassen. Und nun stehen wir vor dem Durchbruch des automatischen Informationsaustausches mit dem Ausland. Das wird wieder Anpassungen erfordern. In dieser gesetzgeberischen Hektik kamen die notwendigen Reformen für den Werkplatz, für die Industrie zu kurz“, meinte die SP-Nationalrätin ernüchtert. Man habe sich auch nicht getraut, die Agrarpolitik grundlegend zu reformieren. Da ständen zu viele heilige Kühe zur Debatte. Die Bauern erhielten drei Milliarden Subventionen, Konsumenten und Gewerbe müssten aufgrund überhöhter Preise zusätzlich zwei Milliarden zu viel ausgeben. Die Revision des Kartellgesetzes sei blockiert. Die Politik gebe auch da keine Antwort. Und bei der Integration der Frauen und der älteren Arbeitnehmenden in den Arbeitsmarkt seien wir „auch noch nicht da, wo wir sein wollen“. Und angesichts der Zuwanderungsproblematik auch sein sollten. Keine Antwort hatte die Politik auch auf den zu starken Franken, der den Werkplatz unter Druck setzt, Arbeitsplätze gefährdet und zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland führt. Die Aufgabe des Mindestkurses des Euro zum Franken durch das Präsidium der Nationalbank wurde von der Politik mehrheitlich wie ein Naturgesetz akzeptiert.



Dr. Stephan Mumenthaler



Dr. Suzanne Thoma



Nationalrätin Susanne Leutenegger-Oberholzer

Podiumsdiskussion

Das abschliessende Podium unter der Leitung von Olivia Kühni sorgte nochmals für richtigen Schwung. Es diskutierten Dr. Felix Brill, Peter Dietrich, Dr. Suzanne Thoma, Reto Conrad, Nationalrätin Susanne Leutenegger-Oberholzer und Jürg Erismann, Leiter Standort Roche Basel/Kaiseraugst.

Für Jürg Erismann sind qualifizierte Mitarbeiter das A und O: „Wir sind darauf angewiesen, dass wir diese auch im Ausland rekrutieren können.“

Suzanne Thoma warnte: „Die Auswirkungen des Hochpreis- und Hochlohnländes, auch auf die Energiebranche, werden massiv unterschätzt. Der Strommarkt rechnet in Euro ab, die Produktion in der Schweiz fällt aber in Franken an. Wir können den Grimsensee nicht ins Ausland verlegen.“

„Viele bestehende oder neue Gesetze behindern den Handel“, fügte Reto Conrad an. Es müsse künftig sogar in der Päcklisuppe angegeben werden, woher die Zutaten kämen.

Auf die Frage, wo die Wachstumspotenziale seien und was uns stark mache, antwortete Brill, „Wir müssen uns als Teil von Europa sehen!“

Roche baue in Kaiseraugst, im Kanton Aargau. Nicht in Baselland. „Was hat Baselland punkto Wirtschaftsförderung falsch gemacht?“, fragte die Politikerin Leutenegger-Oberholzer.

Erismann: „Es gibt da eine Historie.“ Roche habe Wurzeln in Basel; anfangs der 70er Jahre wurde bei Kaiseraugst Land



Barbara Gutzwiller, Dr. Suzanne Thoma und Regula Ruetz

gekauft und ein zweites Werk angesiedelt. Das richte sich nicht gegen einen Kanton.

Auf die Forderung eines Zuhörers, dass Roche bei Abstimmungen zu Rahmenbedingungen für die Wirtschaft mehr öffentlich Stellung beziehen solle, erwiderte Erismann: „Wir haben schon eine gewisse Erwartung, dass die Masseneinwanderungsinitiative mit Augenmass umgesetzt wird. Unsere Botschaft ist diesbezüglich klar: Wir können ohne ausländische Arbeitskräfte nicht auskommen.“

Leutenegger-Oberholzer konterte, dass man die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen und ihnen etwas entgegenhalten müsse. Die immer teureren Wohnungen und die Angst, von günstigeren ausländischen Fachkräften im Arbeitsmarkt verdrängt zu werden, sei für viele ein Problem.

Betreffend erneuter Anbindung des Frankens an den Euro zeigte sich die Nationalrätin erstaunt, dass diese prak-

tisch unisono positiv angesehen wird. Die Kritik an der Nationalbank werde aber lauter, da stelle sich zu Recht die Frage, ob es mit einer Euroanbindung nicht mehr Rechtssicherheiten gebe und eine De-Industrialisierung der Schweiz verhindert werden könne. Von Eurolöhnen hält sie nichts, weil damit der Druck auf die Löhne anhalten werde. Damit würde die EU-Feindlichkeit geschürt, Anliegen wie die Bilateralen hätten so noch weniger Chancen. Zum Schluss drehte sich die Diskussion um die Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Conrad warnte davor, dass inländische Arbeitspotenzial zu überschätzen. „Da müssen wir realistisch sein. Die Erwerbsquote ist bereits hoch, auch bei den Frauen, und die Arbeitslosigkeit ist relativ klein.“

Auf die Frage der Moderatorin, warum Frauen ein tiefes Arbeitspensum hätten, antwortete Thoma: „Weil es sich wegen den Kosten für die Kinderbetreuung und wegen der Steuerprogression für Frauen nicht lohnt mehr zu arbeiten.“



Podiumsdiskussion: Dr. Felix Brill, Reto Conrad, NR Susanne Leutenegger-Oberholzer, Olivia Kühni, Jürg Erismann, Dr. Suzanne Thoma, Peter Dietrich

Überzeugende Architektur als Resultat durchdachter Planung und professioneller Ausführung ist unser Anspruch

Burckhardt+Partner AG
Architekten Generalplaner
Basel Bern Genf Lausanne Zürich

www.burckhardtpartner.ch

Geschätzte Liegenschaften.

Bewertung von Wohn-, Geschäfts-
und Industrieliegenschaften
Vermittlungen
Kauf- und Verkaufsberatung

REICHENSTEINERSTR. 10
CH-4053 BASEL
+41 (0)61-336-3060
WWW.HIC-BASEL.CH
INFO@HIC-BASEL.CH

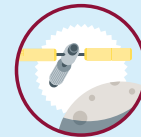
HIC
HECHT IMMO CONSULT AG

Lonza

Näher als Sie denken



Consumer Care



Industrial Solutions



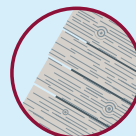
Agro Ingredients



Pharma&Biotech



BioResearch



Wood Protection



Water Treatment

Lonza zählt zu den weltweit führenden Anbietern von Produkten und Dienstleistungen für Pharma-, Gesundheits- und Life-Sciences-Unternehmen und ist mit ihrem Hauptsitz in Basel stark im Metropolitanraum Basel verankert.

www.lonza.com

Was bedeutet wettbewerbsfähig?

Wettbewerbsfähigkeit ist eine interne Pflicht, die dem Unternehmen niemand abnehmen kann. Am stärksten leidet sie unter untauglichen Versuchen, von aussen in die Dynamik der Entwicklung einzugreifen.

Text: Eduard Schmied

Die Frage zielt eigentlich auf zwei separate Dinge ab: der eine Teil blickt auf das Unternehmen an sich, ohne äussere Einwirkungen. Die Antwort dort ist lapidar. 1. Der Aufwand muss stimmen. 2. Der Markt muss offen sein. 3. Die Leistung muss effizient erfolgen, 4. Leute müssen ihr Handwerk verstehen. 5. Die Zielrichtung muss bekannt sein. Also ein Fünfpunkteplan, der wie aus einem Lehrbuch tönt. In der Regel redet man dann noch etwas verschwommen von „weniger Gesetzen und Vorschriften“, obwohl damit noch niemand konkret etwas anfangen kann.

Der zweite Teil der Frage will aber wissen, wie sich dieses Unternehmen in seinem konkreten Umfeld behaupten kann. Darauf gibt es eine einzige klare Antwort: Solange eine gesetzliche Bestimmung Sinn macht, ist sie kein künstliches Hindernis. Sinnvolle Bestimmungen fürchtet niemand. Ihre Qualität erhalten sie dadurch, dass sie einleuchtend sind. Um abzuschätzen, ob eine Vorschrift sinnvoll ist, muss man natürlich wichtige Kriterien beachten: Sicherheit, Gesundheit, Ökologie. Das sind aber auch alles wiederum dehnbare Begriffe, bei denen zwingend zwei übergeordnete Kriterien berücksichtigt werden müssen: Die Verhältnismässigkeit und die Wirtschaftlichkeit.

Es braucht überall gewisse Kontrollen, sowohl innerhalb wie auch ausserhalb der Betriebe. Mehr als das: Es gibt keine permanenten Lösungen und auch keine permanenten Vorschriften. Sowohl innerhalb wie auch ausserhalb der Unternehmen müssen Vorschriften regelmässig hinterfragt werden. Sie werden leicht von der Entwicklung überholt.

Sehr wohl denkbar, dass eine Arbeitsgruppe sich jeweils die Frage stellt,



Eduard Schmied, Präsident Baumeisterverband Region Basel

ob der Sinn einer Vorschrift tatsächlich (noch) vorhanden ist. Das Gremium müsste – in Anlehnung an andere Gremien dieser Art – ganz einfach als „Sinn-Tank“ bezeichnet werden. Was nicht Sinn macht, ist schädlich, wirkt belastend, stellt ein unnötiges Gewicht dar.

Schiffe haben es da einfach: Je mehr sie beladen werden, desto mehr nähern sie sich der Tiefladelinie. Mehr geht dann nicht mehr. Bei den Unternehmen ist das nicht so leicht ersichtlich, ohne den Einblick in die kaufmännischen Daten zu haben.

Von den Unternehmen verlangt man aber, dass sie mit der Zeit gehen. Das ist freilich nicht einmal so wichtig, denn es trifft ganz automatisch zu, dass, wer nicht mit der Zeit geht, mit der Zeit von selber geht. Ohne vorhandenen Markt funktioniert nichts. Vorschriften und Gesetze, welche die Unternehmen zu unra-

tionellem, wertlosem Aufwand zwingen, der weder für den Staat noch für das Unternehmen noch für die Volkswirtschaft einen feststellbaren Gewinn erbringt, gibt es zu Hauf. Sie gehören entschärft, reduziert oder bestenfalls ganz abgeschafft.

Es gab überall – auch bei uns – schon Ansätze zur Reduktion von Gesetzen. In einzelnen Fällen kam es zu gefreuten Ergebnissen. Diese werden an Kursen und Vorträgen breit abgehandelt. Wer aber genauer hinsieht, entdeckt nicht selten, dass es sich bei den Paradebeispielen um altertümliche Bereiche wie Pferdekutschen oder Brieftauben handelt. Das ist natürlich noch keine echte Verbesserung, sondern ein Trick. Die Gesetzgebung verfügt eben in den seltensten Fällen über operationelle Erfahrung. Mehr noch: Fehlende berufliche Erfahrung lässt gerade staatliche Funktionsträger Dinge aufgreifen, die den gesunden Menschenverstand vermissen lassen. Daraus entsteht eine zweifache Abwehrhaltung: Die Unternehmen werfen dem Staat Inkompetenz vor, der Staat vermutet dunkle Machenschaften, vergisst dabei aber leicht, dass Steuereinnahmen zuerst von der Privatwirtschaft erwirtschaftet werden müssen. Dafür sind die Unternehmen zuständig.

Wir haben jetzt noch gar nicht von unserem Spezialgebiet geredet, von den Bauvorschriften als klassischem Beispiel für die Ausweitung von Vorschriften, die längst nicht überall Sinn machen und bloss der Arbeitsbeschaffung und der Ausweitung von Kontrollmechanismen dienen. Aber die Bauwirtschaft ist eben immer auch ein Abbild der gesellschaftspolitischen Entwicklung: Wo andere leiden, leiden auch wir. Und – zum Glück – auch umgekehrt!

Bald nur noch «verwöhnte Kinder»?

Die Schweizer Wirtschaft steht wegen Frankenstärke und Co. unter Druck. Gleichzeitig sollte sie möglichst «attraktiv» bleiben. Doch wie weit muss sie dabei gehen?

Text: Barbara Gutzwiller



Barbara Gutzwiller,
Direktorin Arbeitgeberverband Basel

Um auf dem Rekrutierungsmarkt für sogenannte «High Potentials», also besondere Talente, attraktiv zu sein, lassen sich amerikanische IT-Firmen vieles einfallen. Die Offerten reichen von Helikopterflügen über kostenlose Happy Hours, Alkoholausschank, Kampfsport-Unterricht,

Spielautomaten oder Gratis-Coiffeur bis hin zur Übernahme der Kosten für das Einfrieren der Eizellen von Mitarbeiterinnen. Free Lunch nach Wunsch, eigene Waschsalons, Fitnesscenters, ärztliche Versorgung und Rechtsberatung gehören fast schon zum Standard. Die Firmen rüsten ihre Gebäude luxuriös aus und überlassen es den Angestellten, wo sie arbeiten wollen, denn fest zugeteilte Arbeitsplätze werden immer seltener.

Diese Entwicklung ist auch in Europa vermehrt zu spüren: Je konkreter der Fachkräftemangel wird, desto grössere Anstrengungen unternehmen die Firmen bei der Rekrutierung, um die Besten zu gewinnen. Logischerweise steigen mit den grosszügigen Firmenangeboten die Ansprüche der Fachkräfte, was wiederum eine zusätzliche Verbesserung der Offerten nötig macht.

Eine Befragung aus Deutschland zeigt, dass Arbeitnehmer – nebst höherem Salär und tieferen Wochenarbeitszeiten – solche Zusatzfaktoren als wichtig erachten. So sind viele der Ansicht, dass etwa der Standort des Unternehmens (z.B. in der Nähe von Restaurants, Bars und Kinos) die sogenannte «Work-Life-Balance» (also

die Möglichkeit, Arbeit und Freizeit in ein ausgewogenes Verhältnis bringen zu können) verbessere. Flexible Arbeitszeitmodelle stehen ebenfalls hoch im Kurs.

Die von den USA beeinflussten Angebote stossen jedoch auch zunehmend auf Kritik. Einerseits müssen sich die Unternehmen vorwerfen lassen, dass sie die Trennung zwischen Privat- und Arbeitsleben schleichend eliminieren. Andererseits müssen sie sich die Frage stellen, wie sie die luxuriösen Anreize reduzieren könnten, wenn die finanzielle Situation dies plötzlich erfordern sollte. Die Mitarbeiter von Google beispielsweise werden als «verwöhnte Kinder» bezeichnet, denen es kaum gefallen dürfte, wenn sie sich eines Tages in ganz «normalen» Arbeitsbedingungen wiederfinden sollten.

In der Schweiz sind wir noch nicht ganz so weit. Trotzdem werden viele «Fringe Benefits» auch bei uns schon als selbstverständlich erachtet, und Arbeitgeber müssen sich zweimal überlegen, in diesem Bereich zu sparen. Es lohnt sich also je länger desto mehr, sich gut zu überlegen, mit welchen Angeboten ein Betrieb seine Attraktivität als Arbeitgeber steigern will.



Aini fir alli.

bz Basel. Tagtäglich meine Zeitung.

Jetzt abonnieren: 058 200 55 05
oder www.bzbasel.ch

Bilaterale = Lebensnerv für Basel und den Handel

Text: Kaspar Engeli, Direktor Handel Schweiz

Jeden zweiten Franken verdient die Schweiz im Ausland. Über 50 % der Exporte gehen in die EU. Entsprechend erarbeiten wir zwei Drittel unseres Wohlstandes im Aussenhandel mit der EU. Dieser muss auch in der Zukunft sicher, stabil, verlässlich und planbar sein. Dafür stehen die mehr als 130 bilateralen Abkommen. Auf beiden Seiten gibt es nur Gewinner, die EU sowie die Schweiz profitiert von diesen Verträgen. Heute aber wird aufgerechnet, in Frage gestellt und bewusst mit dem Feuer gespielt. „Zu statt offen“ ist en vogue, Protektionismus statt Abbau von Barrieren, Isolation statt offener Geist. Freier Handel ist der Lebensnerv unserer Volkswirtschaft.

Die bilateralen Verträge ermöglichen der Exportindustrie freien Marktzugang dank der gegenseitigen Anerkennung von Normen und Standards. Es geht hier nicht nur darum, die Produktion in der Schweiz zu behalten, sondern vor dem Hintergrund der Wechselkurssituation auch Arbeitsplätze in der Schweiz zu erhalten. Die Schweizer Exporteure haben 2013 in der EU 30 Milliarden Franken mehr als 2001 abgesetzt. Das BIP pro Kopf war im 2012 um über 13'000 Franken höher als im 2002. Viele Schweizer Unternehmen mussten ihre Produkte nicht mehr doppelt zertifizieren, dadurch sind die Produkte pro Jahr bis zu 500 Millionen Franken günstiger geworden.

Der Einkaufstourismus, unter dem unsere Region leidet, ist Ausfluss der Euroschwäche und würde sich auch bei Wegfall der Bilateralen Verträge nicht ändern. Die günstige Beschaffung im Ausland und den reibungslosen Export unserer Güter in die EU verdanken wir hingegen diesen Verträgen. Handel Schweiz unterstützt die aktive und zielgerichtete Handelsdiplomatie, ausgestattet mit Spielraum. Gleichzeitig setzten wir uns für den Abbau von Handelshemmnissen und die offene schweizerische Volkswirtschaft ein. Im Wissen, dass dies Grundvoraussetzungen für Wohlstand, Innovation und Stabilität sind.

Unverzichtbar: Innovation und gute Rahmenbedingungen

Text: Dr. Gabriel Barell, Direktor Basler Hotelier-Verein

Wie schnell sich in der Hotelbranche die Rahmenbedingungen ändern können, ist eindrücklich. Alleine in Basel sind in den letzten zwei Jahren hunderte neuer Hotelzimmer auf den Markt gekommen, Privatangebote wie Airbnb wurden ausgebaut. Und seit der Freigabe des Euro-Mindestkurses bläst den Hoteliers auch an der Währungsfront ein stürmischer Wind entgegen. Solche Faktoren können die Hotelbesitzerinnen und Hotelbesitzer selber nicht beeinflussen. Deshalb konzentrieren sie sich noch stärker auf diejenigen Dinge, die sie effektiv in der Hand haben: Auf einen Top-Service, das Gesamterlebnis für den Gast sowie auf stetige Innovationen. So gelingt es den Hoteliers, den schwierigen Herausforderungen zu trotzen und die Er-

folgsgeschichte der letzten Jahre weiterzuschreiben. Denn die Anzahl der Übernachtungen in der Region kennt seit der Jahrtausendwende nur eine Richtung: nach oben. Das ist alles andere als selbstverständlich und zeigt mitunter den hohen Qualitätsstandard der regionalen Hotellerie. Wenn die Währungssituation immer unfreundlicher wird, ist die Freundlichkeit im Umgang mit der Kundschaft umso wichtiger. Die Gäste werden mit Sonderefforts, persönlichen Gesten oder Kulturpackages verwöhnt.

Entscheidend für den langfristigen Erfolg ist allerdings, dass man den Hoteliers auch den nötigen Handlungsspielraum zugesteht und die Rahmenbedingungen kontinuierlich

verbessert. Mehr Regulierungen und Restriktionen – zum Beispiel im Bereich der Lebensmitteldeklaration oder in den Arbeitszeitreglementen – sind gerade angesichts der Herausforderung «Frankenstärke» zusätzliches Gift für die Hotelbranche.

Liberalisierungen und nicht mehr Bürokratie sind gefragt. Ebenso eine Anpassung der Rahmenbedingungen an die Bedürfnisse der Gäste; sei das mit einer Ausweitung des Sonntagsshopping-Angebots oder der besseren Erreichbarkeit der Region für den motorisierten Verkehr. Die regionale Hotelbranche kann die zukünftigen Herausforderungen erfolgreich meistern. Aber man muss sie auch lassen.

«Was wäre unsere Region ohne die Bilateralen Verträge?»

Welche Konsequenzen hätte es für unsere Region, wenn die Bilateralen Verträge wegfallen würden? Dieser Frage ging metrobasel an einer Podiumsdiskussion im August auf dem EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg nach.

Text: metrobasel

Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) vom 9. Februar 2014 steht die Politik vor der grossen Herausforderung, wie der neue Verfassungsartikel umgesetzt werden kann, ohne dass das Dossier zur Personenfreizügigkeit gekündet wird. Denn bei den Bilateralen I gibt es eine Guillotine-Klausel: Wird ein Dossier gekündet oder ausser Kraft gesetzt, werden auch die anderen sechs Abkommen der Bilateralen I hinfällig. Die EU will den Grundsatz der Personenfreizügigkeit nicht verhandeln,



Regula Ruetz, Direktorin metrobasel

da diese ein Grundprinzip der EU sei. Insbesondere die Region Basel ist auf die etwa 65'000 Grenzgänger angewiesen, welche ebenfalls unter die Kontingente bei der Umsetzung der MEI fallen. Schon heute fehlen uns aber qualifizierte Fachkräfte – nicht nur in der Wirtschaft sondern auch in der Wissenschaft und u.a. im Gesundheitswesen. Mit einer Erwerbslosenquote von drei bis vier Prozent haben wir quasi Vollbeschäftigung. Zudem wird unsere Gesellschaft insgesamt älter, was zu einem weiteren Fachkräftemangel führt. Möchten wir nicht unseren Wohlstand in der Region gefährden, braucht es eine massvolle

Umsetzung der MEI* unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen. Die Bilateralen I müssen dabei unbedingt gesichert bleiben, zeigte sich die Direktorin des Think Tank metrobasel, Regula Ruetz, in ihrer Einführungsrede überzeugt. Sie stellte die verschiedenen Bilateralen Verträge, welche die Schweiz mit der EU abgeschlossen hatte, kurz vor und ging auf die sieben Dossiers der Bilateralen I ein:

- Personenfreizügigkeit
- Technische Handelshemmnisse
- öffentliches Beschaffungswesen
- Landwirtschaft
- Forschung
- Luftverkehr
- Landverkehr

Gemäss Barbara Gutzwiller, Direktorin Arbeitgeberverband Basel, würde der Wegfall der Bilateralen I die Schweiz vor grosse Herausforderungen stellen. Dennoch kann eine jährliche Nettozuwanderung in der Grösse der Stadt St. Gallen keine dauerhafte Lösung für unser Land sein. Sie plädiert deshalb für ein Schutzklausel-System, das stufenweise zur temporären Kontingentierung und erst in der letzten Phase nötigenfalls zu einem Zuwanderungsstopp führen würde. In der Grenzgängerfrage wünscht sie sich mehr Selbstbestimmung der einzelnen Kantone.

Botschafter Dr. Henri Gétaz, Direktor der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA) im EDA, zeigte auf, wie wichtig ein geregeltes Verhältnis mit der EU ist. So sei das Handelsvolumen mit Baden-Württemberg gleich hoch wie dasjenige mit den USA. Darum wären Handelshemmnisse zu den französischen und deutschen Nachbarn für die Metropolregion Basel besonders verheerend.

Dem Bund sei auch bewusst, wie wichtig die Grenzgänger für unsere Region, aber auch für unsere AHV und IV seien. Immerhin stammten 2012 23.8% der Beiträge an diese Sozialwerke von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, welche in der Schweiz arbeiten. Es würden aber zurzeit nur 15,2% der ausbezahlten AHV/IV Renten von EU/EFTA-Bürgern bezogen.



Botschafter Dr. Henri Gétaz

Podiumsdiskussion

Auf dem Podium diskutierten Vertreter aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik, welche Auswirkungen der Verlust der Personenfreizügigkeit und der Bilateralen I für die Wirtschaft in unserer Region hätte. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Frank Linhart.

Für den Basler Regierungsrat Christoph Brutschin bringen die bilateralen Ab-



Bildlegende siehe unten *

kommen der Schweiz erhebliche Vorteile, welche es zwingend zu erhalten gilt. Er hat aber auch viel Verständnis für die Ängste in der Bevölkerung, die man ernst nehmen müsse. Regierungsrat Brutschin wünscht sich mehr Kompromissbereitschaft in der Schweizer Politlandschaft, pragmatische Lösungen zu finden.

Für Dr. Brigitte Guggisberg, Geschäftsführerin des WWZ Forums der Universität Basel, ist der Zugang zu internationalen Forschungsprogrammen für die Schweiz immens wichtig. Nicht nur für die Hochschulen, welche wieder befristeten Zugang zu «Horizon 2020» hätten, sondern auch für die Wirtschaft.

Dr. Matthias Leuenberger, Delegierter Novartis Schweiz, betonte, dass für die Spitzenforschung der internationale Austausch enorm wichtig sei. Wenn diese Fachkräfte nicht mehr oder nur mit erheblichem Aufwand in die Region geholt werden können, wäre dies ein grosser Verlust für den Standort. Eine

langsame Verlagerung der Forschung wäre dann unter Umständen nicht auszuschliessen.

Kaspar Engeli, Direktor Handel Schweiz, warnte, dass die Wirtschaft einen Handlungsspielraum, ein liberales Arbeitsmarktumfeld und Rechtssicherheit brauche. Der Wegfall der Bilateralen wäre schlichtweg verheerend für den Handel und die gesamte Wirtschaft.

Botschafter Dr. Henri Gétaz wies auf die Wichtigkeit und die Vorzüge der Bilateralen Verträge hin. Möglicherweise seien die Konsequenzen einer Ablehnung im Vorfeld der Abstimmung zur MEI nicht deutlich genug kommuniziert worden. Es gelte nun aber die MEI umzusetzen, ohne dabei die Bilateralen zu gefährden.

Jörg Lutz, Oberbürgermeister der Stadt Lörrach, befürchtet drastische Folgen bei einer Kontingentierung der Grenzgänger und einen Einbruch in der Dynamik der Grenzregion. Alleine in Lörrach wären rund 6'000 Grenzgänger betroffen. Von europäischer

Seite sieht Lutz keine Bereitschaft, über die Personenfreizügigkeit zu verhandeln.

Die Diskussionsrunde war sich einig, dass es keine Alternative zu den Bilateralen Verträgen gibt.

* Anmerkung: Am 4. Dezember 2015 hat der Bundesrat entschieden, dass eine Schutzklausel mit Festlegung von Kontingenten zum Tragen kommen soll, um die Zuwanderung aus der EU zu steuern. Im Vordergrund steht bei den Gesprächen mit der EU eine neue gemeinsame Auslegung der im Personenfreizügigkeitsabkommen vorgesehenen Schutzklausel. Diese technische Lösung sollte gemäss Bundesrat konform mit dem Freizügigkeitsabkommen und mit der Verfassungsbestimmung sein. Kommt hingegen keine Einigung mit den europäischen Partnern zustande, will der Bundesrat die Massnahme einseitig ergreifen. In diesem Fall bleibt offen, wie die EU darauf reagiert und mit welchen Sanktionen die Schweiz allenfalls rechnen müsste.

*Das Podium: Kaspar Engeli, Dr. Brigitte Guggisberg, Oberbürgermeister Jörg Lutz, Moderator Frank Linhart, Regierungsrat Christoph Brutschin, Dr. Matthias Leuenberger, Botschafter Dr. Henri Gétaz

MIT INNOVATION IN DER REGION MEHRWERT SCHAFFEN.

Actelion Pharmaceuticals Ltd / Gewerbestrasse 16 / CH-4123 Allschwil / Switzerland
Tel. +41 61 565 65 65 / Fax +41 61 565 65 00 / info@actelion.com / www.actelion.com



Wirtschaftsforum Fricktal: «Mobilisieren von Fachkräften»

Was kann das Fricktal tun, um dringend benötigte Fachkräfte zu mobilisieren? Am Wirtschaftsforum Fricktal vom 9. September 2015 in Wil wurden Lösungsvorschläge präsentiert und auf dem Podium diskutiert.

Text: metrobasel

In diesem Jahr wurde das Wirtschaftsforum Fricktal auf Einladung der Gemeinde Mettauertal in Wil durchgeführt. Gegen 200 Gäste waren anwesend, um Informationen und Lösungsvorschläge zu erhalten, wie dem Fachkräftemangel begegnet werden kann.

In ihrem Eintrittsreferat ging die Direktorin von metrobasel, Regula Ruetz, auf die Ursachen und Folgen des Fachkräftemangels ein. Gleichzeitig zeigte sie Lösungsvorschläge zur Mobilisierung von Fachkräften auf:

„Heute hat die Schweiz eine ständige Wohnbevölkerung von gegen 8,3 Mio. Menschen und eine jährliche Nettozuwanderung von ca. 80'000 Personen. Dazu kommen 300'000 Grenzgänger, in der NWCH sind es 65'000 Grenzgänger, im Fricktal etwa 6'000. Würden alle Arbeitslosen und sogar auch alle Sozialhilfeempfänger unserer Region einer Beschäftigung nachgehen, – was völlig utopisch wäre – hätten wir dennoch einen Fachkräftemangel. Wir können zwar die vorhandenen inländischen Ressourcen an Erwerbsfähigen noch besser nutzen, aber auf eine weitere Zuwanderung von Fachkräften können wir auf keinen Fall verzichten.“

Abbau der Staatsquote

Die öffentliche Hand beschäftigte 2015 fast 25 % aller Erwerbstätigen, also über eine Million Personen (Verwaltung, Lehrer, Ärzte, Pflege, Sozialbereich, Militär, etc.). Und monatlich entstehen zwischen 300 – 500 neue, meistens wenig wertschöpfungsintensive Stellen. Dass von der öffentlichen Hand so viele Fachkräfte absorbiert werden, daran sind wir nicht unschuldig: Wir haben ein hohes Bedürfnis an staatlichen Dienstleistungen. Zudem verabschieden die von uns gewählten Parlamentarier laufend neue Gesetze und Regulierungen, welche umgesetzt und kontrolliert werden müssen. Durch einen Abbau bei den Regulierungen, bei staatlichen Dienstleistungen, beim Überperfektionismus und beim staatlichen Kontrollzwang, könnte dem Bürokratie- und dem Stellenwachstum entgegengewirkt werden. Damit würden der Privatwirtschaft mehr Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Höhere Teilzeitpensen von Frauen

Bereits heute sind 78 % der Frauen berufstätig. Allerdings nur etwa die Hälfte in einem 90 - 100 % Anstellungsverhältnis. Um die andere Hälfte mobilisieren zu können braucht es mehr Angebote

für die Kinderbetreuung und Tagesstrukturen für schulpflichte Kinder, flexiblere Arbeitszeiten, Home-Office und fiskalische Anreize. Denn es muss sich finanziell lohnen, mehr zu arbeiten. Wenn – nach Abzug der Kinderbetreuung und der höheren Steuern, welche bei einem Doppelseinkommen anfallen, – bei einem Ehepaar kaum noch etwas vom Zweitverdienst übrig bleibt, dann ist dies nicht zielführend und verhindert, dass mehr Frauen berufstätig sind respektive in einem höheren Teilzeitpensum arbeiten.

Ältere Fachkräfte

Die grosse Ressource von älteren Fachkräften sollte man unbedingt nutzen. Über 55-jährige werden jedoch kaum neu angestellt, da die Lohn- und Lohnnebenkosten (vor allem die Berufliche Vorsorge) meist höher sind, als jene der jüngeren Arbeitnehmenden. Dies obwohl die meisten kaum mehr für eine Familie aufkommen müssen. Ist dies gerechtfertigt? Wäre es da nicht sinnvoller, die Löhne ab einem gewissen Alter und einer Anzahl Jahre im gleichen Unternehmen einzufrieren? Braucht es nicht neue Vergütungsmodelle, damit auch wieder vermehrt ältere Fachkräfte angestellt werden?



Regierungsrätin Susanne Hochuli, Matthias Pohl, Mirjam Jauslin, Regula Ruetz, Raphael Jehle

Flüchtlinge und Sozialhilfeempfänger

Die Wirtschaft sucht Arbeitskräfte und tausende von Flüchtlingen wollen so schnell als möglich arbeiten. Leider fehlen ihnen oft die notwendigen Qualifikationen: Ein Teil von ihnen hat keine Ausbildung oder sie wird hier nicht anerkannt. Zudem mangelt es an Sprachkenntnissen.

Anstatt die Flüchtlinge in die Sozialhilfe abgleiten zu lassen, müssen wir sie befähigen, einer Arbeit nachgehen zu können. Gelernten Fachkräften (z.B. Ärzte aus Syrien) sollte es möglich sein das Berufsdiplom auf Schweizer Niveau vereinfacht nachzuholen.

Aber auch die brachliegenden Ressourcen vieler Sozialhilfeempfänger könnten besser genutzt werden: Ungelernte, erwerbsfähige Personen sollten obligatorisch eine Erstausbildung machen und einer beruflichen Tätigkeit nachgehen müssen. Nicht alle, aber viele von ihnen könnten einer Arbeit nachgehen, zum

Beispiel im Gemeindienst, in der Pflege und Betreuung, in der Landwirtschaft oder auf dem Bau. Ziel muss sein, dass die Betroffenen nicht in der Sozialhilfe enden oder bleiben.

Die Aargauer Regierungsrätin Susanne Hochuli erläuterte in ihrem Referat die Strategie des Kantons Aargau zur Sicherung von Arbeitskräften. Einerseits soll die Bildung und Weiterbildung gefördert werden, um dadurch mehr und besser qualifizierte Fachkräfte zu erhalten. Zudem sollen auch die Rahmenbedingungen optimiert werden, damit Erwerbsfähige vermehrt einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Als Beispiel erwähnte sie Betreuungsplätze für Kinder. Gleichzeitig will der Kanton erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger vermehrt im Arbeitsmarkt integrieren. Beispielsweise in der Pflege; aber auch in anderen Bereichen, wo Fachkräftemangel herrscht.

Auf dem anschliessenden Podium diskutierten unter der Leitung von Mirjam Jauslin die Regierungsrätin Susanne Ho-

chuli, Raphael Jehle, Geschäftsleiter des im Werkzeugbau spezialisierten Unternehmens Jehle AG, Regula Ruetz von metrobasel und Matthias Pohl von Novartis Pharma Stein AG verschiedene Lösungsansätze. Man war sich einig, dass es eine höhere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt, flexible Arbeitszeitmodelle, Home-Office, mehr Tagesbetreuungsangebote für Kinder, mehr Ausbildungsplätze in der Verwaltung, längere Lebensarbeitszeit, auf ältere Fachkräfte besser zugeschnittene Arbeitsstellen, andere Lohnmodelle für ältere Mitarbeitende, keinen weiteren Ausbau der Staatsquote und eine bessere Integration der erwerbsfähigen, erwerbslosen Sozialhilfeempfänger im Arbeitsmarkt braucht.

Denn: Von einer erfolgreichen Mobilisierung von qualifizierten Fachkräften hängt schlussendlich auch ab, wieviel Wohlstand wir uns in den kommenden Jahren noch leisten können.

EuroAirport®
BASEL MULHOUSE FREIBURG



DIREKT ZU DEN SCHÖNSTEN STÄDTEN EUROPAS

Ob Amsterdam, Barcelona oder Berlin, egal ob wegen ihrer Geschichte, ihrer Museen oder Kultur oder um einfach dort zu sein und einige Tage Neues zu erleben. Vom EuroAirport erreichen Sie 50 City-Destinationen bequem und direkt.

www.euroairport.com

à bientôt. bis bald.



Wissen schafft Wachstum






- Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und unserer Region beginnt nicht im Forschungslabor, sondern im Klassenzimmer.
- **phænovum** - ein starkes Netzwerk von Schulen, Hochschulen, Institutionen und Unternehmen im Dreiländereck zur Förderung junger Menschen.
- Die Schwerpunkte des Schülerforschungszentrums in Lörrach sind aktuell:
 - Physik / NanoSciences
 - Informationstechnologie / Robotik
 - Biologie / Chemie / LifeSciences
- Ungelösten wissenschaftlichen Rätseln des Alltags interdisziplinär nachspüren.

phænovum
Schülerforschungszentrum
Lörrach-Dreiländereck

www.phaenovum.de

Werden Sie Mitglied

metrobasel ist der Think Tank und die neutrale Plattform für die Metropolitanregion Basel. Unser Ziel ist es aufzuzeigen, welche Standortfaktoren für den Wohlstand unserer Region entscheidend sind und welche Veränderungen angestossen werden müssen. Um darzulegen, welchen Herausforderungen wir uns stellen müssen, erarbeitet metrobasel Studien, veranstaltet Diskussionsplattformen und Anlässe - wie z.B. das BEF Basel Economic Forum - und sensibilisiert eine breite Bevölkerung über Kommunikationskanäle - wie beispielsweise dem metrobasel report.

Mit Ihrem Beitrag unterstützen Sie die Zielsetzungen und Projekte von metrobasel und helfen mit, dass unsere Region auch in Zukunft so erfolgreich ist wie heute. Es gilt, Innovationsfähigkeit, bestmögliche Bildung, gute Arbeitsplätze, Wohlstand und Lebensqualität nicht nur zu erhalten sondern auch zu fördern.

Werden Sie Mitglied bei metrobasel und nehmen Sie an Informations- und Networking- Anlässen teil!

- ☐ **Gönnerbeitrag ab CHF 50, oder CHF (ohne statutarische Gegenleistungen)**
- ☐ **Ich möchte Einzelmitglied werden und bezahle CHF (mindestens CHF 100)**
- ☐ **Ich möchte Premiummitglied werden und mich bei Projekten aktiv einbringen (Mitgliederbeitrag für Einzelpersonen ab CHF 1'000)**
- ☐ **Ich möchte eine Firmen-/Verbands-/Organisationsmitgliedschaft eingehen. Bitte senden Sie mir Unterlagen dazu**
- ☐ **Bitte nehmen Sie Kontakt mit mir auf**

Beiträge und Leistungen für Mitglieder, Basis- oder Projektpartner (Unternehmen und Organisationen) finden Sie unter: www.metrobasel.org oder fordern Sie die Unterlagen an: info@metrobasel.org oder +41 (0) 61 272 11 44

Name/Vorname:

Evtl. Firma/Funktion:

Strasse/Nr.:

Wohnort:

Evtl. Mailadresse:

Bitte senden Sie uns Ihre Rückmeldung per E-Mail/Scan an info@metrobasel.org oder per Fax an +41 (0) 61 272 11 42

Geschäftsstelle

Aeschenvorstadt 4, Postfach, 4010 Basel
Tel. +41 (0) 61 272 11 44
info@metrobasel.org / www.metrobasel.org

Für die Überweisung eines Gönner- oder Mitgliederbeitrages auf folgendes Konto danken wir Ihnen herzlich.

Einzahlung für: Basler Kantonalbank, 4002 Basel
Zugunsten von: CH22 0077 0016 5495 1441 7
metrobasel, Aeschenvorstadt 4, 4051 Basel
Konto 40-000061-4 / BIC: BKBBCHBBXXX

Impressum

Der metrobasel report 2015 erscheint als Beilage in der bz Basel + bz Basellandschaftliche Zeitung (Grossauflage) und Neue Fricktaler Zeitung. Er wird in der Metropolitanregion Basel (inkl. Delémont) durch zusätzliche Direktverteilung der Distriba, im Landkreis Lörrach durch die Badische Zeitung und im Elsass durch Mediapost verteilt.

Druckauflage: ca. 301'000 Exemplare.

Redaktion, Realisation und Inserate

ruweba kommunikation ag, Riehen
Übersetzungen: dialogos, Regina Strübe und François Morel-Fourrier, Freiburg (D)
Druck: Swissprinters AG, Zofingen



DER OPTIMALE WEG ZUR ERFOLGREICHEN PUBLIKATION.

Das Erstellen von Medien beginnt bei uns schon lange vor dem Druck. Und geht weit darüber hinaus. Denn als innovatives Unternehmen optimieren wir nicht nur Abläufe, sondern sind dank unserer Infrastruktur auch in der Lage, sämtliche Leistungen inhouse zu erbringen. Nicht zuletzt, um die elektronische und die gedruckte Welt schneller und enger miteinander zu vernetzen. Perfektionieren auch Sie Ihre Abläufe, wir helfen Ihnen gerne dabei. www.swissprinters.ch

metrobasel Projekte 2015/2016

Unsere Gesellschaft altert, die Lebenserwartung steigt, die Geburtenraten sinken. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind gefordert, tragfähige Strategien für die Zukunft zu entwickeln. metrobasel widmet sich in drei Studien der Aging-Thematik. Die Studien sollen im 2016 an verschiedenen Anlässen vorgestellt werden.

Aging und Arbeitswelt

Ohne Zuwanderung fehlen der Wirtschaft Fachkräfte. Deshalb soll eine bessere Ausschöpfung der älteren Erwerbsbevölkerung die Knappheitssituation überwinden.

Als KTI-Projekt erstellt die HTW Chur zusammen mit der ZHAW als Forschungspartner eine metrobasel Studie zu «Aging Workforce». Umsetzungspartner sind – neben metrobasel auch Novartis und die SBB.

Aging und Infrastrukturen

Die metrobasel Studie untersucht, ob es in der Region genügend altersgerechten und bezahlbaren Wohnraum für die älter werdende Bevölkerung gibt.

Die Studie wird von der FHNW in Zusammenarbeit mit metrobasel erstellt. Wüest & Partner und der Soziologe Prof.

Dr. Joris van Wezemaël unterstützen die Studie methodisch.

Aging und Betreuung

Für die adäquate Betreuung einer älter werdenden Gesellschaft werden in den kommenden Jahren sowohl Fachkräfte als auch finanzielle Ressourcen fehlen. Die metrobasel Studie will Lösungssätze aufzeigen, wie die Betreuung von älteren Menschen gesichert werden kann, damit sie möglichst lange bei guter Lebensqualität in ihrem angestammten Umfeld wohnen können.

metrobasel Partner

Acino Pharma AG • Actelion Pharmaceuticals Ltd. • Angestelltenvereinigung Region Basel arb • Arbeitgeberverband Basel • BASF Schweiz AG • Basler Kantonalbank BKB • Bider & Tanner • Bloch Thomas, Druckerei Bloch AG • Bönzli + Feuz IT • BRB Bauunternehmer Region Basel • Brenntag Schweizerhall AG • Buchs Melchior, CEO Business Parc Reinach • BSA Basel • Burckhardt + Partner AG • Brugger Rolf, Top Consult & Capital AG • BVB Basler Verkehrs-Betriebe • Clariant Produkte (Schweiz) AG • Christoph Merian Stiftung CMS • Datalynx AG • Degelo Architekten • Deloitte AG • DSM Nutritional Products • E. Gutzwiller & Cie Banquiers • economiesuisse • EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg • E. Hoffmann-La Roche AG • fadeout • Faller Andreas, Advokat • FHNW Hochschule für Architektur, Bau und Geomatik • ffbk Architekten AG • Forum Schwarzbubenland • Fricktal Regio Planungsverband • Gebäudeversicherung Kanton Basel-Stadt • Gemeinde Aesch (CH) • Gemeinde Allschwil (CH) • Gemeinde Arisdorf (CH) • Gemeinde Bettingen (CH) • Gemeinde Binningen (CH) • Gemeinde Blauen (CH) • Gemeinde Grenzach-Wyhlen (D) • Gemeinde Langenbruck (CH) • Gemeinde Reinach (CH) • Grand Hotel Les Trois Rois • Groupe Mutuel • gsi Bau- und Wirtschaftsingenieure AG • Handwerkskammer Freiburg • Hecht Immo Consult AG • Helvetia Versicherungen • Herzog & de Meuron Architekten • HIAG Immobilien Schweiz AG • Hochschule für Gestaltung und Kunst der FHNW • Innocel Innovations-Center Lörrach GmbH (Wirtschaftsförderung der Stadt Lörrach) • IPT Beider Basel • Jakob Müller Holding AG • Konnex • Kraftwerk Birsfelden AG • Lonza Group AG • Meinicke Martina, Product Managerin • Merian Iselin • Novartis Pharma AG • Planzer Transport AG • PricewaterhouseCoopers PwC • Reinprecht Harald, Ethiker • Peter Riedel Metallbau und Schlosserei AG • Schober Bonina AG • Sparkasse Lörrach-Rheinfelden • Stadt Lörrach (D) • Sturm Werner, CEO Arnold AG • Syngenta Crop Protection AG • Van Wezemaël Joris, Prof. Dr. • VISCHER Anwälte und Notare • VSUD, Vereinigung Schweizer Unternehmen in Deutschland • VTU Engineering Schweiz AG • Weleda AG • Widmer Andreas, Widmer Beratungen • Wirtschaftsregion Südwest GmbH • Wohnstadt Bau- und Verwaltungsgenossenschaft • Wüest & Partner AG

Beiräte metrobasel 2015/2016

Prof. Dr. Crispino Bergamaschi, Direktionspräsident Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW; Jürg Erismann, Head of Basel/Kaiseraugst Site, E. Hoffmann-La Roche AG; Prof. Dr. Madeleine Herren-Oesch, Direktorin Europainstitut Basel; Prof. Dr. Antonio Loprieno, ehem. Rektor Universität Basel; Prof. Dr. Urs Müller, Präsident Verband Schweizerischer Kantonalbanken; Prof. Dr. Rudolf Minsch, Chefökonom economiesuisse; Dr. Stephan Mumenthaler, Head Economic & Swiss Public Affairs Novartis Pharma AG; Regula Ruetz, Direktorin metrobasel; Dr. Gerhard Schwarz, CEO avenir suisse; Prof. Dr. Theodor Karl Sproll, Rektor Duale Hochschule Baden-Württemberg Lörrach; Dr. Andreas M. Walker, Co-Präsident swissfuture

Der Vorstand von metrobasel

Dr. Uwe H. Böhlke, Präsident metrobasel; Regula Ruetz, Direktorin metrobasel; Dr. Jean-Daniel Bonny, Head of Research & Development Acino Pharma AG; Rolf Brugger, Unternehmensberater, VR-Präsident Top Consult & Capital AG; Christian Egeler, Grossrat Basel-Stadt, Dipl. Bauingenieur ETH, RappTrans AG; Prof. Jacques Herzog, Herzog & de Meuron Architekten; Jörg Lutz, Oberbürgermeister der Stadt Lörrach; Franco Mazzi, Stadtmann der Stadt Rheinfelden; Prof. Dr. Urs Müller, Präsident Verband Schweizerischer Kantonalbanken; Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin Allschwil; Rudolph Schiesser, VR-Präsident Airport Hotel und Grand Casino Basel, VR-Präsident Grand Hotel Les Trois Rois; Samuel Schultze, CEO Burckhardt+Partner AG; Alexandre F. Stotz, Consulting Services



Bessere Arzneimittel dank Innovation

Novartis will hochwertige medizinische Lösungen entdecken, entwickeln und bereitstellen und damit auf die sich wandelnden Bedürfnisse von Patienten und Gesellschaft auf der ganzen Welt eingehen.

Wir sind überzeugt, dass unser vielfältiges Gesundheitsportfolio, unser Engagement für Innovation und unsere verantwortungsbewusste Vorgehensweise es uns ermöglichen, unsere Mission zu erfüllen: Krankheiten vorzubeugen und zu heilen, Leiden zu lindern und Lebensqualität zu verbessern.

Novartis ist ein in über 140 Ländern tätiges und weltweit führendes Gesundheitsunternehmen, das in der Schweiz zu Hause ist.